

Demokratisches Wochenblatt.

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei.

No. 34.

Leipzig, den 21. August.

1869.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließlich Bringerlohn 12 $\frac{1}{2}$ Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nimmt entgegen Herr G. Richter, Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein, Universitätsstraße, und die Expedition d. Blattes in der Wohnung des Herrn A. Sebel, Petersstraße 18. Für Dresden Filialexpedition (interimistisch) M. Sengel, Ballstraße 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan, Australien, Südamerika etc. die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 24 Brook Street, Grosvenor Square, London. Agent für London: A. Duenfing, Foreign Bookseller, Librarian and Newsagent, 8, Little Newport Street, Leicester Square, W. C.

Durch Beschluß des Eisenacher Congresses ist das „Demokratische Wochenblatt“ in den Besitz der sozial-demokratischen Arbeiterpartei übergegangen, und wird schon in allernächster Zeit zweimal wöchentlich erscheinen, vom 1. Oktober an unter dem Namen

Der Volksstaat.

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei.

Inhalt: Politische Uebersicht. — An die Partei. — Zum Congress. — Der 6. Verbandstag deutscher Arbeitervereine. — Gewerkschaften. — Nürnberg, Reichenbach, Graz, Wiesbaden, Hamburg, Braunschweig, Berlin, Magdeburg, Gera, Leipzig. — Zur Beachtung. — Beilage: Tod des Präsidenten Enlwis. — Congress-Protokoll (Schluß). — Vor zwanzig Jahren. — Karl Marx. — Ein Mahnruf. — Anzeige.

Politische Uebersicht.

Die Wirkung, welche unser Auftreten in Eisenach auf die Feinde hervorgebracht hat, ist der beste Beweis für die Korrektheit desselben. Mit gleicher Wuth haben die Organe der Bourgeoisie, der politischen Reaktion und des Astersozialismus auf uns los, und in rührender Harmonie brüllen die Herren Gödsche, Biedermann, Braß, Tölke, und wie die „schöne Gesellschaft“ sich benamt, den gemeinsamen Schimpf- und Demunziationschorus. Wir danken für die Ehre, und akzeptiren das Kompliment. — Daß die Bourgeoisie- und die Junkerpresse, jene indirekt und diese direkt, die Partei Schweiger's ergreift, ist ebenso natürlich, als es uns angenehm ist. Es fehlte dies noch, um den königl. Preussischen Hoffsozialist zweiter Klasse fertig zu machen.

Auch die Verfolgungen haben schon begonnen. In der vorletzten Sitzung des demokratischen Arbeitervereins in Berlin hatte eine Diskussion über unsere Prinzipien statt, die den anwesenden Polizeibeamten nicht gefiel und zur Folge hatte, daß drei unserer Freunde, Vogel, Kwasniewski und Wenzel, am andern Morgen verhaftet wurden. Die beiden Letzteren setzte man nach einigen Stunden wieder in Freiheit, Vogel befindet sich noch in Haft. Es ist dies die Antwort der Preussischen Regierung auf den Eisenacher Congress. Die deutschen Arbeiter wollen sich von Bismarck-Stieber nicht als Wildtreiber benutzen lassen — dafür sollen sie geächtet werden, wo möglich eingeschüchert. O, wie schlecht diese Herren die deutschen Arbeiter kennen!

Vor einigen Wochen legte Waldeck „aus Gesundheitsrücksichten“ seine Mandate für Kammer und „Reichstag“ nieder. Natürlich gab dies der fortschrittlichen Presse Gelegenheit zu Lobhymnen auf den „greisen Veteran der Demokratie“. Veteran des großpreussischen Chauvinismus wäre richtiger gewesen. Waldeck war nie Demokrat; von jeher betrachtete und behandelte er die Politik nur vom Standpunkt des Juristen, und zwar des spezifisch preussischen Juristen, und als im Jahr 1866 der Jurist Waldeck mit dem spezifisch preussischen Waldeck

in Konflikt kam, räumte der Jurist rasch dem spezifischen Preußen das Feld, und wurde aus dem einstigen Verteidiger des juristischen Rechts ein schaam- und rücksichtsloser Advokat der Bismarck'schen Blut- und Eisenpolitik, so daß wir das klägliche Schauspiel erlebten, das Opfer der Dhm-Gödsche'schen Polizeiniedertracht mit den Patronen Dhm-Gödsche's zum gemeinsamen Kampf gegen Freiheit und Recht verbündet zu sehen. Also dieser Waldeck hat seine Mandate niedergelegt, und in Berlin, wo er in das Abgeordnetenhaus gewählt war, ist bereits eine Neuwahl angeordnet. Es ist Aussicht auf Durchbringung eines demokratischen Kandidaten vorhanden — wenn nämlich das demokratische Kleinbürgerthum sich mit den Arbeitern einigt. Geschieht das nicht, das heißt, besteht das Kleinbürgerthum auf einem sogenannten „fortschrittlichen“ Kandidaten, so wird wahrscheinlich ein Nationalliberaler oder Conservativer durchkommen. Die Verantwortlichkeit ruht dann aber nicht auf den Arbeitern, sondern auf dem Kleinbürgerthum; und wir erwarten deshalb von unsren Freunden, daß sie, unbeeinträchtigt durch das Geschrei: Ihr arbeitet der Reaktion in die Hände! einen demokratischen, wo möglich einen Arbeiter-Candidaten aufstellen werden. Es ist dies eine treffliche Gelegenheit, zu erproben, ob und in wie weit die demokratischen Versicherungen des Kleinbürgerthums ehrlich gemeint sind.

Herr von Hoverbeck sagte einmal im Berliner „Reichstag“, die zwei einzigen Geschäfte, die im Nordbund florirten, sei die Waff-fabrikation und die Beförderung von Auswanderern. Beide Geschäfte erfreuen sich nach wie vor der größten Blüthe, namentlich das letztere. In dieser Beziehung schreibt die „Neue Freie Presse“:

In früheren Jahren hat man in der Presse oft und mit Recht darauf hingewiesen, welche große Verluste an vortrefflichen Kräften Deutschland in der Reaktionszeit durch die Auswanderung erlitten habe. Man zählte die statistischen Angaben darüber aus Baden, der Rheinpfalz, aus Kurhessen, aus Mecklenburg, aus allen gefändrechteten und misregierten Ländern her, und man zog daraus die entsprechenden Schlüsse. Nun ergiebt es sich aber neuerdings, daß, was nach 1848 und namentlich nach 1849 geschah, in erhöhtem Maße wieder seit 1866 geschieht, und daß, während damals die Hauptauswanderung aus einer Anzahl Kleinstaaten erfolgte, in welchen die Niederdrückung der Volksbewegung in besonders grausamer Weise stattgefunden hatte, diesmal es namentlich Preußen ist,

welches den anderen Staaten in der Auswanderungssucht seiner Bewohner den Rang ablauft. In welchem Maße dieselbe zugenommen hat, lehrt eine Aufstellung über das Verhältniß der irischen und deutschen Einwanderung im Hafen von New-York. Irland hat bekanntlich eine Auswanderung, wie sie in der Welt noch nie dagewesen. Man wird sich daher nicht wundern, daß die Zahl der im Hafen von New-York alljährlich als eingewandert verzeichneten Iren früher sogar die der Deutschen übertraf, die daselbst landeten. Neuerdings hat sich das Verhältniß jedoch umgekehrt, wie nachfolgende, auf New-York bezügliche Tabelle nachweist:

	Irländer	Deutsche
1859	32,652	28,270
1860	47,330	37,899
1861	25,784	27,139
1862	32,217	27,740
1863	91,157	35,002
1864	89,399	57,446
1865	70,462	83,451
1866	68,047	106,716
1867	65,134	117,591
1868	47,571	101,989. —

Wahrhaftig, sie sind unheilbar in ihrem partikularistischen Fanatismus — diese Kleinstaatler. Einen Mann wie Mey des Ehebruchs, des Ehrenwortbruchs, der Selbstlob-fabrikation und anderer von den gewöhnlichen Menschen nicht für „schön“ gehaltenen Dinge schuldig zu erklären — es ist unverantwortlich von den Darmstädter Richtern. Freilich, ein ganzes Heer von nach gemeinen bürgerlichen Begriffen unbescholtenen Zeugen; ein ganzer Chimborasso von, nach gemeinen juristischen Begriffen unanfechtbarem Material stand dem „Bolksparteiler“ Fendt zur Seite; doch stand nicht auf der andern Seite **Mey**, der beste der „besten Männer“? Nur Einer, aber ein Löwe? Genug — die Darmstädter Richter haben das Majestätsverbrechen begangen, Mey für einen — (Der passende parlamentarische Ausdruck findet sich in unserem Wörterbuche nicht) zu erklären. Was bleibt anders übrig, als Hessen-Darmstadt zu annektiren? Und, wenn das nicht bald geschieht, was bleibt dann dem Mey anders übrig, als vorläufig wenigstens seine eigne Person annektiren zu lassen? Denn außerhalb des „Bundeskäfigs“ zu verbleiben, dem Spott und Hohn der schändlichen „Partikularisten“ ausgesetzt — das erlaubt dem großen Mey seine „Würde“ nicht.

Der Feder- und Wortkrieg zwischen Oesterreich und Preußen wird nachgerade komisch. Erst versuchte es die Preussische Regierung mit groben Notizen (von dem groben Geschütz ihrer Presssoldaten abgesehen), und da dies nur das Gegentheil der beabsichtigten Wirkung hervorbrachte, und man den tapferen Worten keine tapferen Thaten folgen lassen konnte, versucht man es jetzt mit der Ironie, die bekanntlich eine zweischneidige Waffe ist, und in diesem Fall so ungeschickt gehandhabt wurde, daß sich der plumpe Berliner Notenschreiber mit beiden Schneiden in die Finger geschnitten hat. Das Spasshafteste ist, die Preussische Regierung verlangt von der Oesterreichischen Beweise dafür, daß Preußen, d. h. Bismarck den Oesterreichern nicht freundlich gesinnt sei!

Einige Bemerkungen, die anläßlich dieses „Notenkriegs“ in der Ungarisch-Oesterreichischen Delegation fielen, riefen einen bemerkenswerthen Artikel des „Ungarischen Lloyd“ hervor. In diesem Artikel, der in Berlin nicht gefallen haben wird, heißt es u. A.:

„Der Versuch der Deutschen in Oesterreich aczeptirt den Prager Frieden als unabwendbare Thatsache, aber das Gemüth greift noch immer nach Deutschland hinüber. Dadurch entsteht eine Unklarheit, ein Schwanken, das für die politische Thätigkeit geradezu verhängnißvoll werden kann. Alle die Redner, welche eine Verständigung mit Preußen empfehlen, haben mit keiner einzigen Sylbe die Mittel berührt, welche zu diesem Ziele führen könnten, und auch über das mit Deutschland anzustrebende Verhältniß herrschte völlige Unklarheit. Der Eine identifieirte Deutschland mit Preußen, der Andere zog wieder eine scharfe Scheidelinie am Main, der Dritte unterschied sorgsam zwischen dem preussischen Volk und der preussischen Regierung. Kein Einziger, der

nicht den preussischen Caesarismus verabscheute und sich ihn nicht von Leibe halten wollte; aber kein Einziger wurde sich klar, daß eine Verständigung oder gar ein Bündniß mit Preußen doch nichts Anderes sein kann, als ein Bündniß mit dem caesaristischen Regimente. Denn das preussische Volk mag hundertmal die preussische Politik verdammen, es hat keine Macht, die jetzige Junterbergschaft zu stürzen, es hat also außer der jetzigen Regierung kein Organ, ein Bündniß zu schließen. Ueber diese Thatsache helfen alle Broschen vom deutschen Volksgemüth und vom deutschen Vaterlande nicht hinweg. Wer nicht mit dem Caesarismus Hand in Hand geben will, kann nicht eine Verständigung mit Preußen suchen. Ein Deutschland existirt aber vorläufig nicht; Arndt müßte heute hinter seine Frage nach „dem Deutschen Vaterlande“ zwei Fragezeichen setzen.“

Das ist deutlich und was mehr sagen will — es ist richtig. Bloß gegen den ersten Satz müssen wir protestiren — wenn die Deutschen Oesterreichs den Prager Frieden „als unabwendbare Thatsache acceptirt“, hätten sie dadurch bewiesen, daß sie keinen „Verstand“ haben. Nur größter Un-verstand gepaart mit der schimpflichsten Feigheit kann eine solche Thatsache als „unvermeidlich“ akzeptiren. Der „Verstand“ muß den Oesterreichern sagen, daß es eine Lebensfrage für sie ist, die Thatsache des Prager Friedens aus der Welt zu schaffen; und wenn sie nicht Feiglinge sind, werden sie so handeln, wie der Verstand es ihnen vorzeichnet.

Auch dagegen möchten wir Verwahrung einlegen, daß das Preussische Volk nicht die Macht habe, die jetzige Junterbergschaft zu stürzen. Die Macht hat es. Aber —

Eine Versammlung der Wiener Schriftsteller gegen die Sonntagsarbeit wurde von der Polizei verboten. Dieser standalöse Maßregelungseifer kontrastirt recht erbaulich mit der „milden Praxis“, die nach einem kurzen Anlauf zum Besseren wieder dem Pfaffenenthum gegenüber geübt wird.

Zur Feier des 100jährigen Geburtstags Napoleons (der übrigens vor 101 Jahr geboren wurde, und dessen Geburtstag von den Geschichtsfälschern — die es zu allen Zeiten gab — um ein Jahr vorgezogen ward, um den „Gründer der napoleonischen Dynastie“ zu einem gebornen Franzosen zu machen) hat der französische Kaiser eine „vollständige Amnestie“ erlassen für alle „politischen Verbrechen und Vergehen“, sowie für alle Vergehen, welche durch die Presse, den Buchhandel und in öffentlichen Versammlungen und Vereinigungen begangen sind. Ferner ist allen Desertireuren der Armee und Flotte Straflosigkeit gewährt worden. Das klingt recht schön. Schade nur, daß der Ausdruck „politische Verbrechen und Vergehen“ ein sehr dehnbarer ist, und daß z. B. Ledru und Bergehen (am Rollin, weil er nach der Aussage eines Mouchard's (ant. Deutsch: Stieber) in eine Verschwörung gegen das Leben Bonaparte's, verwickelt sein sollte, nicht unter die „politischen Verbrechen“ fällt, also nicht amnestirt ist; ebenso wenig, wie der „unversöhnliche“ und unbequeme Rochefort, der einem von der Polizei bestochenen Buchhändler eine Tracht Prügel gegeben und dafür von den Richtern Bonaparte's zu 6monatlichem Gefängniß verurtheilt wurde.

Und was nützt überhaupt eine „Amnestie“, wenn die Zustände bleiben, die es der Regierung möglich machen, jeden Begnadigten oder noch nicht Bestraften, der ihr „unbequem“ ist, jeden Augenblick unter jedem beliebigen Vorwand einzusperrn lassen?

Beiläufig ist der Kaiser krank, so krank, daß er den Soldatenspiel in Chalons nicht programmgemäß beiwohnen kann — und das will wahrhaftig viel sagen. Der Aerger über die kühle Aufnahme der „Reformen“, und die Betrachtungen, zu denen der ziemlich unerwartet erfolgte Tod des Kriegsministers Niel, Anlaß gegeben, haben wesentlich zur Vermehrung des kaiserlichen Uebelbefindens beigetragen.

Ueber die Verhältnisse der Fabrikinder in der Schweiz lesen wir im Bundesblatt: „Mit Ausnahme einiger Gemeinden des Kantons Schwyz, über welche uns noch Angaben fehlen, werden in 20 Kantonen und Halbkantonen und in über 664 Fabriken im Ganzen 9540 Kinder beschäftigt, wovon 9017 zwischen dem 12. und 16. Jahr, 436 von 10—12 Jahren und 52 unter 10 Jahren. Letztere in

Kantonen Bern, Luzern, Appenzell A. Rh. und St. Gallen. Wie aus einer aufgestellten Rekapitulationstabelle hervorgeht, bestehen hinsichtlich der Zahl der Fabrikinder unter den Kantonen höchst auffallende Kontraste, welche uns den Werth einer solchen Statistik, bei welcher die zu Hause beschäftigten Kinder unberücksichtigt bleiben, schwer zu beeinträchtigen scheinen. So finden wir Zürich mit 3085 Kindern in 180 Etablissements, Bern mit nur 453 Kindern in 25 Fabriken und Aargau mit seiner ansehnlichen Strohindustrie mit nur 548 Kindern. Noch schärfer ist der Kontrast zwischen Uri mit 20 Kindern in 2 Fabriken und dem gewerbsthätigen Neuenburg mit nur 19 Fabrikkindern in 3 Etablissements. Während in der Statistik der Beschäftigungsarten Appenzell A. Rh. mit 15,447 Fabrikarbeitern und Arbeiterinnen figurirt und Appenzell J. Rh. mit 2244, führt das Letztere in dem Material der Enquete gar keine Fabrikinder, das Erstere deren nur 469. Nach der Statistik der Beschäftigungen beträgt die Zahl der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen 6 1/2 pCt. der Gesamtbevölkerung, die Zahl der Fabrikinder nach der Enquete nur 0,3 pCt. der Gesamtbevölkerung, oder 5, pCt. der gesammten weiblichen und männlichen Fabrikarbeiter. Diese geringe Zahl legt Zeugnis dafür ab, welche große Menge von gewerblich beschäftigten Kindern von der Hausindustrie absorbiert wird, welche uns hier entgeht."

Obgleich einige deutsche Zeitungen sich vor Kurzem das haarsträubende Märchen aufbinden ließen, die paraguayitische Nation sei durch den Krieg mit Brasilien fast bis auf den letzten Mann aufgerieben worden, so dauert doch in Wirklichkeit der Widerstand der Paraguayiten gegen die fremden Eroberer ungeschwächt fort, und haben sie in jüngster Zeit sogar sehr bedeutende Vortheile errungen. Man darf nicht vergessen, daß Paraguay so groß ist wie Frankreich, daß sich dem Angriff Terrainschwierigkeiten entgegensetzen, die für eine so jämmerliche Militärmacht wie die der Brasilianer einfach unübersteiglich sind, und daß der Krieg bisher nur an den Grenzen mit vergleichungsweise geringen Opfern für die Bewohner geführt wurde, und, wenn nicht größere Streitkräfte seitens der Feinde ins Feld kommen, noch auf Jahrzehnte fortgeführt werden kann. Die Brasilianer sind aber erwiefernmaßen außer Stand, ihre aktive Armee auch nur auf der bisherigen Höhe zu erhalten. Kurz, kein Zweifel, die braven Republikaner werden siegen, die landhungrigen Monarchisten den verdienten Lohn finden.

Vom Parteiausschuß sind Mitgliederkarten der Internationalen Arbeiterassoziation zum Preis von 1 Sgr. — dies ist der an den Generalrath in London zu entrichtende Jahres-Beitrag — zu beziehen. Da die Karten in Englischer Sprache ausgestellt sind, sei hier bemerkt, daß auf der oberen Linie der Name des Mitglieds, auf der zweiten die Zeit des Eintritts und auf der dritten der Jahresbeitrag (1 Groschen, 3/2 Kr. Rhein., 5 Kr. Oesterr.) zu bemerken ist.

Dank der, eine anerkennende Erwähnung verdienenden Pünktlichkeit und Leistungsfähigkeit des Hrn. Koller, wird das stenographische Protokoll des Eisenacher Congresses schon in 10—14 Tagen in den Händen der Parteigenossen sein können.

In das, vorige Woche von uns im Blatt veröffentlichte Parteiprogramm haben sich einige, durch die Eile erklärliche Irrthümer eingeschlichen, die jedoch in den, seitdem gedruckten mustergültigen Separatabzügen beseitigt sind. Unter anderem wurde der Passus betreffend die Zuchthausarbeit (III. 8) zu unfrem Bedauern ausgelassen. Derselbe lautet: „Beseitigung der durch die Zucht- und Arbeitshaus-Arbeit der freien Arbeit geschaffenen Konkurrenz."

Mit der erklärten Absicht, den Buchdruckerverband zu sprengen, haben einige Buchdruckereibesitzer soeben einen Ver-

ein gegründet. An der Spitze desselben steht Hr. Schneider von Mannheim. Dieser Hr. Schneider, Eigenthümer der „demokratischen“, „Neuen Badischen Landeszeitung“ wird für ein Mitglied der Volkspartei ausgegeben. Wir hoffen, daß unsre Freunde in Südwestdeutschland jede Gemeinschaft mit einem Manne von sich weisen, der die Sache der Demokratie schändet.

Von zuverlässiger Seite geht uns Folgendes aus Berlin zu: „Wer bisher noch daran zweifelte, daß Dr. Schweizer's Beziehungen zur preussischen Regierung ganz intimer Art sind, der braucht nur die Annehmlichkeiten zu sehen, mit welchen ihm seine Haft in der Filial-Anstalt zu Rummelsburg zur angenehmen Sommerfrische umgestaltet wird. Ein eigenes Zimmer, Lektüre nach Belieben, Spaziergänge im schattigen Garten und Fahrten auf dem nahen See, Umgang mit den Beamten und deren Damen, soweit sie seine Unterhaltung nicht faden finden, was allerdings bei den meisten der Fall sein soll, täglich ein Ctnr. Eis, um das viele Bier kalt zu stellen, eigne Table d'hote — das ungefähr sind die Attribute des zukünftigen Märtyrers für die Sache der Arbeiter. Wer sich überzeugen will, der braucht nur von Stralau aus eine Fahrt nach dem Rummelsburger See an der Anstalt vorüber zu machen."

Ein gewisser „Stöckel“ aus Glauchau behauptet, die Fonds, welche Dr. Ladendorf dem Borort deutscher Arbeitervereine zugehen ließ, stammten von den Depossedirten. Möglich, daß der (offenbar ganz ungebildete) „Stöckel“ das glaubt. Aber der Blödsinn wird ihm von Biedermann und Bismarck'schen Consorten, die den Sachverhalt sehr wohl kennen, nachgedruckt. Und das ist niederträchtig.

In der „Zukunft“ lesen wir: „Auch die „Kreuzzeitung“ druckt in ihrem von Herrn Goedsche redigirten „Zuschauer“ die dem „Sozial-Demokrat“ entnommene Verleumdung ab, daß Herr Liebknecht beim Kölner Kommunistenprozeß den Demokraten Köhner aus Mühlhausen verrathen habe, in Folge dessen dieser 7 Jahre Zuchthaus erhalten habe. Herr Goedsche hätte es doch leicht gehabt, bemerkt die „Rheinische Zeitung“, sich bei seinem Freunde Stieber über den wahren Sachverhalt zu erkundigen. Der Angeklagte hieß Köser, stammte aus Mühlheim a. Rh. und ist zu 6 Jahren Einschließung verurtheilt worden. Gegen ihn wie gegen seine Mitangeklagten wurde von Herrn Stieber das falsche Protokollbuch produziert, welches ein von der Polizei gedungener Spion geschmiebelt hatte, und worin auch der Name Liebknecht, aber mit falschem Vornamen vorkam. Als ein Moment für die Falschheit dieses Nachwerks wurde von der Verteidigung ein Brief von Liebknecht vorgebracht, der dessen wahren Vornamen konstatirte. Liebknecht selber hat direkt mit dem Kommunistenprozeße nichts zu thun gehabt."

Bemerkte sei hier, daß Dr. Becker, Redakteur der „Rheinischen Zeitung“, im „Kommunistenprozeß“ zu mehrjährigem Gefängniß verurtheilt wurde. Beiläufig haben wir die obige Notiz nur deshalb abgedruckt, weil sie die sympathetischen Bande zeigt, welche Schweizer und Goedsche verbinden.

An die Partei.

Während die Parteigenossen in Wolfenbüttel ihrerseits bereits die Stimmen für den Parteiausschuß abgegeben haben, ist dies in Braunschweig in der dazu angefragt gewesenen Versammlung der vorgerückten Zeit wegen nicht möglich gewesen, und kann hier die Wahl erst Freitag den 20. August erfolgen.

Der unterzeichnete provisorische Ausschuß sieht sich daher genöthigt, seinerseits noch folgende Bekanntmachungen zu erlassen:
1) Da die sozial-demokratische Arbeiterpartei, welche von den Behörden als ein großer politischer Verein betrachtet wird,

als solcher einen Wohnort, einen Sitz haben muß, Braunschweig aber sich als solcher, der hier geltenden reaktionären Vereinsgesetze wegen (Einreichung eines Mitgliederverzeichnisses der ganzen Partei u. s. w.) nicht empfiehlt, so hat der Ausschuß Eisenach zum Sitz der Partei bestimmt und wird bei den dortigen Behörden die nöthige Anzeige machen. Der Vorort bleibt trotzdem, wie auf dem Congreß bestimmt, Braunschweig-Wolfenbüttel. — Sollte hier oder da Widerspruch gegen die Wahl von Eisenach als Wohnort der Partei vorhanden sein, so wolle man bei dem Ausschuß darüber die betreffenden Anträge stellen und wird nöthigenfalls Urabstimmung darüber stattfinden.

2) Wir empfehlen den Parteigenossen dringend das Abonnement auf das Parteiorgan, zumal da die früher von ehemaligen Mitgliedern des Allg. Deutschen Arbeiter-Vereins erlassenen Flugblätter seit dem Congreß nicht mehr erscheinen.

Am empfehlenswerthesten ist es, wenn die Bestellung auf der Post erfolgt und wird in diesem Falle von derselben das ganze Quartal für den Preis von 12½ Sgr. geliefert. Um indeß das massenhafte Abonnement zu erleichtern, eröffnen wir für die Zeit vom Congreß bis zum 1. Oktober bei wöchentlich zweimaligem Erscheinen des Blattes ein Abonnement für den Preis von 7½ Sgr.

Dieser Betrag ist franko an Herrn A. Bebel, Leipzig, Petersstraße 18 einzusenden und erfolgt dann die Zusendung franko unter Kreuzband, oder bei größerer Bestellung, zu der sich die Abonnenten eines Ortes vereinigen wollen, in Paket. Die Abonnenten sind von dem Parteibeitrag für Monat August und September befreit.

3) Die Gesetze verbieten die Verbindung verschiedener politischer Vereine. Die Parteigenossen der einzelnen Orte haben daher Alles zu vermeiden, was ihnen als solchen vor dem Gesetze den Anschein eines selbstständigen Vereins geben könnte; sie gehören Jeder einzeln der Partei an.

Ob zur Besprechung und Beschlußfassung über allgemeine Parteiverhältnisse Versammlungen von Parteigenossen oder allgemeine Arbeiterversammlungen einzuberufen, oder was sonst zur Erledigung der Parteigeschäfte und Interessen für Wege einzuschlagen sind, das werden die Parteigenossen der einzelnen Orte nach den jeweiligen Verhältnissen leicht herausfinden. In Braunschweig ist es z. B. so: Wenn wir uns versammeln würden als „die“ hiesigen Parteigenossen, so würden wir damit die letzteren zu einem Ganzen zusammenfassen und damit das Einschreiten der Behörde hervorrufen. Wenn wir aber eine Versammlung „von“ Parteigenossen zusammenrufen, können diese letzteren auch Beschlüsse fassen, Wahlen vornehmen u. s. w.; es ist dann eine Versammlung von lauter einzelnen Parteimitgliedern, die, wie jede andere Versammlung, gemeinsame Beschlüsse fassen kann u. s. w. Es ist dann immer gut, bei Beschlüssen etwa zu sagen: „Die anwesenden, so und so viel Parteigenossen von Braunschweig“; es darf aber nicht gesagt werden: Die Parteigenossen Braunschweigs erklären in ihrer Sitzung vom; bei Wahlen kann selbstverständlich nur Jemand zugelassen werden, der seine vollständig abgestempelte Karte hat, und ist dabei etwa zu sagen: „Von den, am versammelten Parteigenossen gaben so und so viel ihre Stimme für ab.“

Wofür unter allen Umständen Sorge getragen werden muß, ist, daß die Parteigenossen der einzelnen Orte nie und nirgends zu einem Ganzen zusammengefaßt werden, sondern immer als einzelne Parteigenossen auftreten, als welche sie indeß, wie jeder andere Staatsbürger, das Recht haben, sich zu versammeln. Wo die Auffassung Seitens der Behörden eine andere ist, muß selbstverständlich anders vorgegangen werden. Keinesfalls dürfen sich indeß Parteigenossen irgendwo auf Grund des Vereinsrechts, sondern sie müssen sich stets auf Grund des Versammlungsgesetzes versammeln.

4) Da in Preußen und den meisten übrigen deutschen Staaten die selbstständige Wahl eines Beitragerhebers und mehrerer Revisoren die Parteigenossen der einzelnen Orte zu selbst-

ständigen politischen Vereinen stempeln würde, da aber auf der andern Seite es „zu dumm“ wäre, wollte jedes einzelne Parteimitglied monatlich seinen Groschen franco an den Ausschuß einsenden, da endlich auch keine Gesetze es verbieten, den Beitrag irgend einem Parteigenossen zur Uebermittlung an den Ausschuß anzuvertrauen, so werden wir an den einzelnen Orten je ein Parteimitglied bezeichnen, welchem wir die Beiträge einzuhändigen bitten und welches darüber zu quittiren hat, sowie ferner einige Parteimitglieder, die über gewissenhafte Erfüllung der Pflichten bei dem Genannten zu machen haben.

Zu diesen Aemtern sich eignende Persönlichkeiten bitten wir die Parteigenossen uns vorschlagen zu wollen.

5) Zur Quittirung der Beiträge haben wir Stempel mit den Buchstaben **bez.** (bezahlt) und zur Beglaubigung über das Halten des Organs **ab.** (abonnirt) anfertigen lassen, und haben die von uns zu Beitragerhebern ernannten Parteimitglieder die Mitgliedskarten der Parteigenossen entsprechend abzustempeln. Die Abstempelung über Abonnements auf das Parteiorgan darf nur für Diejenigen erfolgen, welche selbst abonnirt haben, und nur für die Zeit, für welche das Abonnement nachgewiesen ist. Diejenigen, welche das Organ mitlezen, haben den Monatsbeitrag zu entrichten, indeß empfiehlt es sich, daß die jedesmaligen Abonnenten eines Exemplars des Parteiorgans sich in die Abonnementskosten und Monatsbeiträge theilen.

6) Da die Agitation für unsere Prinzipien neben der Zusammenfassung der Kräfte der gesammten Partei, wie sie die Parteiorganisation herstellt, auch die Zusammenfassung der Kräfte der einzelnen Orte erfordert; da eine solche lokale Organisation aber in der Organisation der gesammten Partei vor den Gesetzen nicht zulässig ist, so fordern wir die Parteigenossen auf, auf Grund der Congreßbeschlüsse allenthalben sozialdemokratische Arbeitervereine zu gründen. Diese lokalen Vereine, ob sie nun Arbeiter-, Arbeiterbildungs- oder neuzugründende sozialdemokratische Arbeitervereine sind, haben als solche mit der Parteiorganisation nichts zu thun, und dürfen weder untereinander noch mit den Behörden der Partei in Verbindung treten, weshalb der unterzeichnete Ausschuß gezwungen sein würde, jede solche Verbindung mit den genannten Vereinen oder ihren Behörden zurückzuweisen. Selbstverständlich steht es jedem einzelnen Parteigenossen, ob Mitglied eines lokalen Vereins oder nicht, frei, mit dem unterzeichneten Ausschuß in Verbindung zu treten und wird sich derselbe angelegen sein lassen, die Wünsche aller Parteigenossen aufs Pünktlichste zu befriedigen.

Für die Constituirung eines Vorstandes der lokalen Vereine empfehlen wir den Parteigenossen, denselben aus einem Vorsitzenden, dessen Stellvertreter, einem Schriftführer und einem Cassirer zusammenzusetzen.

Nochmals aber machen wir darauf aufmerksam, daß diese lokalen Vereine nur für die lokale Agitation (am Ort und in der Umgegend) bestimmt sind und sein können, weshalb jeder Parteigenosse die Pflicht hat, nicht allein Mitglied eines solchen lokalen Vereins, sondern auch Mitglied der gesammten Partei zu sein.

Als Agitatoren werden von uns für Thüringen die Herren J. Rippoldt in Gotha und E. A. Reichelt in Apolda, für Baden und angränzende Länder Herr Aug. Rüdert, Heidelberg, Kronengasse 8, für die Anhaltischen Länder und Umgegend Hr. Polling in Dessau, Stein'sche Str. 21 (jetzt beim Bergmann Fritz Scharie, Staßfurt, Wasserthorstraße), für Halberstadt und den Harz Herr E. Naters in Halberstadt, für Nordwestdeutschland Herr Th. York, Tischler in Harburg, bezeichnet und wolle man sich im Falle des Bedürfnisses an dieselben wenden. Fernere Vorschläge sind uns willkommen. Indes werden vorerst die Parteigenossen, welche der Hilfe bedürfen, noch selbst für Reisekosten u. s. w. zu sorgen haben, da der Stand der Parteikasse die Uebernahme der Kosten auf dieselbe noch nicht erlaubt.

Seit unserer letzten Bekanntmachung sind nur von einem Orte (Konsdorf) freiwillige Beiträge eingelaufen. Allerdings ist dieselbe erst seit drei Tagen in den Händen der Partei-

genossen, aber, wenn wir jemals etwas erringen wollen, müssen wir uns durchaus an schnelles und energisches Handeln gewöhnen. Also frisch und kräftig Hand ans Werk!

Braunschweig-Wolfenbüttel, 17. Aug. 1869.

Der provisorische Ausschuss:

W. Bracke jr. H. Ehlers. F. Reidel. E. Spier.

Zum Congreß.

Der Mandat-Schwindel der Schweizerischen.

Es war vorauszusehen, daß die Verhandlungen des sozialdemokratischen Arbeitercongresses zu Eisenach Gegenstand lebhafter Erörterungen und Anschuldigungen in der feindlichen Presse werden würden; und daß diese Angriffe und Verdächtigungen um so heftiger erfolgen mußten, je mehr sich herausstellte, daß das Werk des Congresses ein dauerndes und segensbringendes für die Arbeiterklasse sei, verstand sich von selbst. In dieser Beziehung also sind wir über die maßlosen Angriffe der gesammten liberalen und reaktionären Presse durchaus nicht verwundert. Ein Programm wie das in Eisenach aufgestellte und angenommene, das so klar und unzweideutig als dies unsere deutschen Verhältnisse nur gestatten, die Ziel-punkte der Arbeiterbewegung aufstellt, mußte nothwendig die Wuth der gegnerischen Presse hervorrufen. Viele Zeitungen und die Leiborgane der Bourgeoisie, die „kölnische Zeitung“ und „Nationalzeitung“ voran, suchen ihren Aerger dadurch zu verdecken, daß sie den Congreß lächerlich zu machen und das rohe Benehmen der Schweizerischen auch der sozial-demokratischen Majorität in die Schuhe zu schieben suchen; andere Zeitungen speien Feuer und Flamme über solch revolutionäres, hochverrätherisches Treiben und jähren am liebsten, die Polizei schritte ein und mache diesen sozialistischen „Untrieben“ ein Ende. Selbstverständlich müssen auch allerlei Verdächtigungen, wie sie seit Jahren in der „liberalen“ Presse zum guten Ton gehören, erhalten, um Personen und die Sache herabzusetzen. Dasselbe Blatt, das heute über die revolutionären Absichten der Arbeiter Ach und Weh geschrieben, denunziert morgen Personen und Partei als im Dienste der Welfen stehend, und merkt gar nicht, welcher Widerspruch in dem einfachen Aussprechen solcher Urtheile liegt. Daß das Publikum solchen Widersinn sich bieten läßt, ist ein Beleg für seine Urtheilslosigkeit. Unter allen Blättern, die uns zu Gesicht gekommen, ist der „Sozial-Demokrat“ des Herrn Schweizer das am wildesten sich gebende. Die Redakteure dies Blattes scheinen ob der Dinge in Eisenach ganz aus dem Häuschen zu sein und leisten im Flügen das Menschen mögliche. Wir begreifen das. Für die Leute vom „Sozial-Demokrat“, Herrn von Schweizer einbegriffen, steht durch die Constituierung der sozial-demokratischen Arbeiterpartei ein gut Stück Existenz auf dem Spiel. Vom Nasführen der Arbeiter haben sie bisher gelebt und versuchen weiter zu leben, und da von Tag zu Tag der Bankerott in der Partei mehr und mehr zu Tage tritt, so suchen sie durch viele Worte und großen Lärm den geringen Anhang über den Stand der Dinge zu täuschen. Da kommt's denn, daß auch der „Sozial-Demokrat“ die Dinge in einem Lichte malt, welches selbst den Anhängern des Dr. Schweizer zu grell ist, und das will viel heißen.

In Nr. 93 giebt der „Sozial-Demokrat“ eine Schilderung über die Vorgänge in Eisenach, wobei er lügt, daß dem Dämnesten die Augen übergehen müssen. Nach seinem Bericht sollen wir vierzig Delegirte gehabt haben, denen sich 80 bis 90 unberechtigte Personen angeschlossen hätten. Wir verlieren über eine so dummdreiste Behauptung kein Wort. Innerhalb 14 Tagen erscheint das Protokoll des Congresses nach stenographischer Niederschrift, das wird alle Einzelheiten actienmäßig enthalten. Die Schweizerischen, sagt der „Sozial-Demokrat“, seien 110 Delegirte mit über 102,000 Stimmen gewesen. Zum Glück haben wir die „Mandate“ der Schweizerischen in unsern Händen gehabt. Bracke, Bebel, York,

Reidel, Zirfas und Andere haben Ort, Vertretung, Zahl der Stimmen in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag in Eisenach durchgesehen und genau registriert—der ganze unerhörte Schwindel, den die Schweizerischen mit den Mandaten getrieben, ist sonach zu unsrer Kenntniß gekommen. Die Mandate wiesen 106 Delegirte mit über 102,000 Stimmen nach. Eine ganz hübsche Zahl. Wie aber sind diese Stimmen zusammengekommen? Das ist eben so interessant als lehrreich. Einige der eklatantesten Fälle wollen wir hier anführen. Die Herren Brauer, D. Lehder und Liebisch sind in Hamburg in einer Versammlung gewählt worden, die angeblich von 1660 Personen besucht war. Die Mandate der Herren lauten aber jedes auf 1660 Stimmen, es sind also hier allein 3320 Stimmen zu viel aufgeführt. Noch besser verstanden den Schwindel die Leipziger Schweizerianer. Eine „Volksversammlung“ von höchstens 250 Personen, wählte am 24. Juli 7 Delegirte nach Eisenach und zwar die Herren: Herrler, W. Hoffmann, Georg, K. Kühn, Besoldt, Stürz, Jul. Röhling, beiläufig bemerkt, die 7 Häupter der Schweizerischen Prügelpolizei hier. Jedes Mandat dieser Herren lautete auf 1562 Stimmen, was zusammen 11,934 Stimmen gibt; da die Versammlung nur 250 Mann stark war, so sind 11,784 Stimmen erlogen.

Der Allgemeine deutsche Schneiderverein in Leipzig läßt sich mit 197 Mann vertreten, ist aber nur etwas über vierzig Mann stark, 150 Stimmen sind erschwindelt; ein Herr Hauschild vertritt außerdem noch 175 Leipziger Schneider, in Leipzig weiß kein Schneider von dieser Vertretung, also ebenfalls Schwindel. 1000 Mann Leipziger Zimmergesellen vertritt ein Herr Goldacker, 900 und 1000 Leipziger Maurer die Herren Kalb und Held. Die betreffenden Vereine zählen keine 200 Mitglieder, eine allgemeine Versammlung war von kaum 400 Personen besucht, wie kann man da im Namen von 2900 Mann stimmen wollen?

6000 Maurer in Berlin lassen sich durch die Herren Hasselmann (4000) und Lübnig (2000) vertreten. Der Maurerverein zählt mehrere Hundert Mann, eine allgemeine Versammlung war nicht vom vierten Theil der angegebenen Zahl besucht, — das schadet nichts, 6000 Maurer werden vertreten aber wie! Berliner Zimmerer sind 1900 Mann vertreten, durch Herrn Kapell (1000), Finn (900); die Vertretung ist gerade so wenig in dieser Höhe berechtigt wie die der Maurer. Herr Aurin aus Berlin vertritt den Bäckerverein mit 1000 Stimmen, derselbe zählt nicht den vierten Theil der angegebenen Zahl. Die Herren Tölke, Lübker, Bilowst, Kost vertreten eine Volksversammlung in Berlin mit 1000 Stimmen; die betreffende Versammlung war nach dem einmüthigen Zeugniß der Berliner Zeitungen von höchstens 4—500 Personen besucht. Ferner vertreten die Herren Tölke und E. Reinhold (Altona), Richter (Wandsbeck) den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein mit 20,000 Stimmen.

Wenn hiervon 12,000 gestrichen werden, so wäre die Zahl (8000) für den jetzigen Mitgliederstand des Vereins noch zu hoch gegriffen; außerdem waren die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins von 6 Orten in Schlesien, die Scheil und Lübker vertraten, mit 347 Stimmen, Peterswalbau und Dreißighuben mit 98, Osterode mit 180, Harburg mit 40, Vockenheim mit 56, Hanau mit 72 Stimmen noch extra vertreten. Diese 739 Stimmen sind von den 8000 noch abzuziehen. Herr Klein in Elberfeld vertrat die Hand- und Fabrikarbeiterschaft als deren Präsident mit 7010 Stimmen. Wie uns von Mitgliedern dieser Gewerkschaft versichert wurde, ist die Zahl um mindestens 3000 zu hoch gegriffen. Trotz dieser Vertretung durch den Präsidenten Klein waren von der Gewerkschaft noch extra vertreten: Harburg 182, Halberstadt 50, Barmen 635, Marburg 18, Hannover 206, Dffenbach 53 Stimmen; im Ganzen also 1,142 Stimmen, die von den 4000 Stimmen Klein's in Abrechnung zu bringen sind. Herr Klein (Elberfeld) scheint das Schwindeln los zu haben, denn er hat

noch extra Mandate von vier hintereinander in Elberfeld abgehaltenen Arbeiterversammlungen von 240, 170, 370 und 800, im Ganzen 1580 Stimmen. Herr Klein wird gebeten, künftig $\frac{1}{4}$ Jahr vor jedem Congreß Tag für Tag Volksversammlungen abzuhalten, er wird schließlich doppelt so viel Stimmen vertreten als Barmen-Elberfeld Einwohner zählen.

Aus Barmen vertritt ein Herr Böse 932 Manufakturarbeiter, ungefähr fünf mal mehr als er zu vertreten berechtigt ist. Ferner werden aus Barmen durch Herrn Fric 700 Mann aus einer Volksversammlung, die von keinen 250 besucht war, vertreten. Ein Herr Böse vertritt eine Volksversammlung in Oberbarmen mit 1100 Stimmen, es waren keine 500 Mann anwesend.

Obermann aus Reziges vertritt eine Volksversammlung in Bochum mit 1500 Stimmen, höchstens 500 sollen anwesend gewesen sein. Einen großartigen Schwindel haben die Hh. D. Schnauser, E. Müller und Denkwitz in Halle fertig gebracht. Die Herren haben das Lügen in der Schule der Gräfin Hayfeldt erlernt, die können es noch besser als die Schweizer'schen. Die genannten Drei vertreten: Halle 878, Reiteburg 385, Diskau 405, Könnern 640, Beesen 583, Lößjün 1025, Seeben 905, Wörlitz 511, Döllnitz-Prischna 809. Die genannten Orte liegen um Halle und haben die ehrenwerthen Drei gleich so ziemlich die ganze Bevölkerung, Frauen und Kinder mit eingerechnet, zur Vertretung in die Mandate aufgenommen. Ein Herr Herold vertritt aus Ottenfen eine Volksversammlung von 3000 Mann, der genannte Ort zählt kaum so viel Einwohner. Wenn einmal gelogen werden muß, dann nur ordentlich!!! Hr. Richter aus Glauchau vertritt eine Volksversammlung von 150 Mann, es waren aber nur 50 zugegen, darunter 20 Gegner. Hr. E. Schletter aus Thalheim vertritt Versammlungen aus Ronsdorf und Thalheim im Erzgebirge mit 700 Mann; die Zahl 150 wäre noch zu hoch gegriffen. Stuttgart führt 500 Schweizerlinge auf; der vierte Theil soll, nach der Aussage des Stuttgarter Vertreters vollkommen genügen. Hr. Plambek vertrat aus Neumünster 129 Mann; er fand es für gut, eigenhändig mit Bleistift noch eine Null anzuhängen und 1000 Stimmen zu erschwandeln.

Doch genug dieses neuesten Schweizer-Töcke-Schwindels! Unsere Parteigenossen werden aus dem Obigen ersehen, was das Geschrei des „Sozial-Demokrat“ zu bedeuten hat. Finden sich Schweizer'sche Sendlinge ein um unsere Organisation zu fördern, dann halte man ihnen obige Zahlen unter die Nase.

Der sechste Vereinstag des Verbands Deutscher Arbeitervereine zu Eisenach.

Derselbe wurde Dienstag, den 10. August, Morgens 7 Uhr im Gasthof zum Mohren durch den seitherigen Vorsitzenden Bebel eröffnet. Da der sozialdemokratische Arbeiter-Congreß wider Erwarten bis Montag, den 9. August, spät Abends gedauert, so waren viele Deputirte genöthigt abzureisen, und konnten den Verhandlungen des Vereinstags nicht beiwohnen. Durch Mandate vertreten waren folgende Orte:

Darmstadt, Bernsdorf, Crimmitschau (4 Vereine), Gainsdorf, Ehrenfriedersdorf, Gohlis, Neustadt a. d. Orla, Weimar, Frankfurt a. M., Wilkau, Göttingen, Coburg, Stuttgart, Jülich, Lichtenstein, Nieder- mülken, St. Micheln, Mülsen St. Niklas, Stangendorf, Hornersdorf, Dorschemm, Niederwömitz, Leipzig, Meerane (2 Vereine), Saalfeld, Glauchau, Lichtenstein, Berlin, Schönau, Kirchberg, Großenhain, Wildersfels, Nürnberg, Gauverband württembergischer Arbeiterbildungsvereine, Aalen, Badnang, Geisingen, Reutlingen, Rezingen, Heilbronn, Giezen a. B., Oberndorf a. N., Göttingen, Schwäbisch-Hall, Rotweil, Lütlingen, Schramberg, Burgstädt, Remse, Waldenburg, Niederlungwitz, Reichenbach i. B., Hohendorf-Rödlitz, Turm, Mülsen St. Jacob, Bischofswerda, Geyer, Calw, Craißheim, Schwiebus, Heidenheim, Laichingen, Ravensburg und Weingarten. — Bereits abgereist waren die Vertreter von Bamberg, Ludenwalde, Dresden und anderen Orten.

Von Vertretern waren anwesend: Bebel, Baer, Hadlich, Schilling, Schmalz (Leipzig), Motteler, Stolle (Crimmitschau), Kölz (Lichtenstein), Binkert (Darmstadt), Golditz (Crimmitschau), Demmler (Geyer), Kraft (Weimar), Opficius (Frankfurt a. M.), Mosig (Kirchberg), Birbs (Göttingen), Hilger (Coburg), Lorenz (Stuttgart), Ewensstein (Jülich), Bleichschmidt (Ortmannsdorf), Malech (Meerane), Salsmann

(Saalfeld), Baumann (Glauchau), Zeidel (Crimmitschau), Wegner (Berlin), Kohrauch (Eisenach), D. Ehrlich (Eisenach), Rüll und Reudel (Nürnberg), Bürger (Göttingen), Bronnenmayer (Göttingen), E. Geier (Burgstädt), Vogel (Niederlungwitz), C. Neu (Reichenbach i. B.), Ferner Greulich (Jülich), Quick (Gens) und eine Anzahl Deputirter des Congresses als Zuhörer.

Durch Akklamation wurde Bebel zum 1. Bürger zum 2. Vorsitzenden, Motteler zum Schriftführer ernannt. Auf Vorschlag Bebel's erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, von einer Prüfung der Mandate abzusehen und die vom Congreß ausgestellten Legitimationen als gültig anzuerkennen. Zur Prüfung der Geschäftsleitung des Vororts wurde, nachdem Nürnberg abgelehnt, Crimmitschau gewählt. Die dort zu wählende Commission soll über das Resultat der Prüfung im Partei-Organ Bericht erstatten. Hierauf folgte der Geschäftsbericht des Vororts-Vorsitzenden Bebel über die Verwaltungsperiode vom Nürnberg bis zum Eisenacher Vereinstag. Wir entnehmen dem Bericht folgendes:

Der Verband war in Folge der in Nürnberg eingetretenen Spaltung damals auf 72 Vereine geschmolzen, von diesen 72 erklärten im Laufe des Jahres 5 aus verschiedenen Ursachen ihren Austritt, dagegen sind 42 neue Vereine im Laufe des Jahres beigetreten, so daß der Verband bei Zusammentritt dieses Vereinstags 109 Vereine mit ca 10,000 Mitgliedern zählte. Im Großen und Ganzen sind die Resultate des Verbands sehr zufriedenstellend, die Verbindung des Vororts mit den einzelnen Vereinen ist gegen früher bedeutend gestiegen. Im Jahre 1868 betragen die Einnahme bei dem Vorort 253 Nummern, im Jahre 1869, 907 Nummern, also nahezu vier mal mehr, die Ausgänge vom Vorort 1868, 543 Nummern, im Jahre 1869 aber 485 Nummern, also acht mal mehr. Der Vorort hatte ferner 10 Circulare und 5 verschiedene Statuten- und Organisationsentwürfe verfaßt und versandt. Die Thätigkeit des Vororts in der Gewerkschaftsangelegenheit war Veranlassung zur Gründung von einer ganzen Reihe von Gewerkschaften. Constituirte sind die **Internationale Gewerkschaft der Buchbinder**, die **Internationale Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter**, die **Gewerkschaft der Berg- und Hüttenarbeiter**. Der Constituirung nahe sind die **Metallarbeiter-, Holzarbeiter-, Schuhmacher-, Maurer und Zimmerergewerkschaften**. Die Verhältnisse hatten sich in Anbetracht der sehr niedrigen Verbandssteuer lediglich günstig gestellt: einschließlich eines vorjährigen Cassenbestandes von 64 Thlr. 14 Ngr. 5 Pf. war die Gesamteinnahme 470 Thlr. 28 Ngr. 7 Pf., die Ausgabe 457 Thlr. 24 Ngr. 4 Pf., demnach ist ein Cassenbestand von 13 Thlrn. 3 Pf. vorhanden. Die Agitation des Verbands wurde vorzugsweise mit aus dem unter Verwaltung von Dr. Ladendorff und Genossen in Jülich stehenden Revolutionsfonds gestifteten Unterstüßungen in Höhe von 934 Thlrn. betrieben, und sind bis jetzt davon über 800 Thlr. verbraucht, wovon eine größere Summe zur Unterstüßung des Partei-Organs, des „Demokratischen Wochenblattes“.

Der Bericht des Vorsitzenden wurde beifällig aufgenommen und auf Antrag Rüll's beschloßen, das vorhandene Inventar Bebel zur Verwaltung zu überlassen, den vorhandenen Cassenbestand hingegen dem Vorort der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu überweisen.

Der 2. Punkt der Tagesordnung bildete die Stellung des Verbandes zur neu gegründeten sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Bebel beantragte Auflösung des Verbandes. Die Zwecke, die bisher der Verband verfolgt, würden in weit höherem Maße jetzt von der neu gegründeten Partei verfolgt werden. Die Aufrechterhaltung des Verbandes führe zu einer höchst schädlichen und nachtheiligen Kraftzersplitterung. Zudem könne man mit den Resultaten des Congresses auf das Höchste zufrieden sein. Die angenommene Organisation entspreche genau dem Plan, den der Vorort bereits im Mai ds. Js. für die Neuorganisation des Verbandes den Vereinen vorgeschlagen. Der von ihm ausgearbeitete Organisationsentwurf sei sogar durch die nachfolgenden Beschlüsse des Congresses in der von ihm vorgelegten ursprünglichen Fassung wieder hergestellt worden. Die Hauptfrage für die Vereine des Verbandes, die Steuerfrage, werde durch die dem Ausschuß der Partei eingeräumte Vollmacht zweifellos befriedigend geregelt werden. Dohauer (Zwickau), Stolle (Crimmitschau), Ewensstein (Jülich) u. A. sprachen sich im gleichen Sinne aus. Hierauf wurde die **Auflösung des Verbandes nach sechsjährigem Bestehen desselben einstimmig ausgesprochen**. (Der Verband wurde zu Frankfurt am Main auf dem 1. Vereinstag am 6. und 7. Juni 1863 gegründet.) Nachdem dann der Vorsitzende auf mehrseitige Anfragen erklärte, daß er auch ferner bereit sei, alle an ihn ergehenden Anforderungen im Interesse der Partei nach Kräften zu unterstützen, Dohauer dem Vorort und namentlich dessen Vorsitzenden den, mit allgemeinem Beifall aufgenommenen Dank der Versammlung für seine Mithilfeleistung ausgesprochen, wurde die Versammlung geschlossen. Sämtliche Delegirte gaben sich noch das Wort, fest und treu zur Fahne der Sozial-Demokratie zu stehen; darauf trennte man sich auf Wiedersehen in Stuttgart.

Es sind noch nachträglich für die Kasse des Verbandes deutscher Arbeitervereine eingegangen von Niedermülken 1 Thlr., Hainichen 4 Thlr. 15 Sgr., wovon 1 Thlr. 15 Sgr. für Brotschüren, Waldenburg 1 Thlr. 10 Sgr., Mannheim 3 Thlr. 4 Sgr. 3 Pf., Hamburger Arb-

Bild. - B. restierende Zahlung für die „Arbeiterhalle“ 3 Tblr. 10 Sgr. Diese Eingänge werden nebst dem vorhandenen Cassenbestand dem Ausschuss der sozial-demokratischen Arbeiterpartei zugewiesen werden.

Der Arb.-Bild.-B. Altenburg hat ungeachtet wiederholter Aufforderung seinen Beitrag nicht bezahlt, Gera und Burgstädt haben um Befundung gebeten. Den Vereinen im oberen Erzgebirge ist in Rücksicht auf die traurigen Erwerbsverhältnisse der Beitrag erlassen worden.

Zm Auftrage des sechsten Vereinstages deutscher Arbeiter-Vereine: Leipzig, den 16. August 1869.

A. Bebel.

Die Gewerksgenossenschaften betreffend.

Nachdem der sozial-demokratische Arbeiter-Congress zu Eisenach beschlossen hat, eine Vereinigung der Gewerksgenossenschaften, soweit dieselben sich dem Einflusse des Dr. Schweizer entzogen haben oder noch entziehen, mit allen Mitteln herbei zu führen, halte ich mich für verpflichtet, sämtliche Mitglieder der noch nicht endgültig constituirten

Internationalen Holzarbeiter-Gewerksgenossenschaft

aufzufordern, sich dem unter dem Präsidium unseres Parteigenossen Th. York in Harburg stehenden Gewerkverein deutscher Holzarbeiter anzuschließen. Hr. York ist bereit, sofort auf Verlangen die nöthigen Statuten, Quittungsbücher u. s. w. zu übersenden. Wünschenswerthe Aenderungen der Statuten, des Namens der Gewerkschaft u. können auf einer späteren Generalversammlung vorgenommen werden. Jetzt gilt's zunächst zu zeigen, daß die Beschlüsse des Eisenacher Congresses kein leerer Schall sind.

Also Collegen, frisch ans Werk der Vereinigung!

Damit künftig alle Anfragen wegen Gewerkschaftsstatuten an die richtige Quelle gelangen, veröffentliche ich hiermit folgende Adressen:

Internationale Gewerksgenossenschaft für Buchbinder. Präsident: Ernst Werner, Leipzig, Sternwartenstraße;

Internationale Gewerksgenossenschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter. Präsident: Julius Motteler, Crimmitschau;

Internationale Gewerksgenossenschaft der Metallarbeiter. J. Faaz, Nürnberg, Sternhof;

Internationale Gewerksgenossenschaft der Schuhmacher. P. Ulrich, Schuhmacher, Leipzig, Gewandgäßchen;

Internationale Gewerksgenossenschaft für Maurer und Zimmerleute. W. Müller, Dresden, kleine Frohnstraße Nr. 5.

Internationale Gewerksgenossenschaft der Berg- und Hüttenarbeiter. Präsident: Dinter, Zwickau. Herr Schob, Köln, Kömmergasse 23, früher Präsident des Schweizerischen Allgemeinen deutschen Schneidervereins, hat die Gründung einer Internationalen Gewerksgenossenschaft der Schneider in die Hand genommen, Anfragen sind also an diesen zu richten.

Leipzig, den 16. August 1869. A. Bebel.

Congress der Metallarbeiter in Nürnberg.

Nürnberg, den 17. August. Vom Sonntag bis Montag tagte hier selbst der Congress der internationalen Gewerksgenossenschaft der Metallarbeiter, auf welchem die Mitgliedschaften von 31 Städten vertreten waren. Faaz (Nürnberg) und Walter (Bamberg) wurden zu Vorsitzenden gewählt, Referenten waren Schmidt (Leipzig) und Lingmann (Schwabach). Wir werden später ausführlichen Bericht vorlegen und bemerken nur kurz, daß dem Antrag der Sektion Zürich entsprechend, Punkt 1 der Vorlage (Striktionsfonds) zum Punkt 5 gemacht und Invaliden- und Altersversorgungskasse, Wander-Unterstützungskasse und Rechtschutz vorangestellt wurden. Als besondere Zwecke der Genossenschaft wurden auch aufgestellt: eine ausgedehnte Statistik der Arbeits-, Lohn- und Lebensverhältnisse; Arbeitsvermittlung, Regelung und Beaufsichtigung des Lehrlingswesens. Zum Organ der Genossenschaft wählte man das „Demokratische Wochenblatt“. Kleinmeister mit höchstens 4 Gehilfen wurden für aufnahmefähig erklärt, ebenso Frauen;

die Anträge, Arbeiterinnen und Kleinmeister nicht zuzulassen, fanden nicht die nöthige Unterstützung von $\frac{1}{2}$, um zur Diskussion zu kommen. Den Beitrag bestimmte man auf 1 Sgr. (oder $\frac{3}{4}$ fr. süddeutsch, 5 fr. österr., 12 Centimes) wöchentlich; als erste Einschreibgebühr das Vierfache. Die Organisation ist ähnlich der Eisenacher; **Vorort wurde Nürnberg, Sitz der Kontrollkommission Crimmitschau.**

Reichenbach i. B., den 16. Aug. Bei der gestrigen Berichterstattung unseres Delegirten über den Eisenacher Congress hatten wir das Vergnügen, zwei Schweizer-Hatzfeldtsche „Agitatoren“, die Herren Kühn aus Leipzig und Simon aus Jena, in unserer Versammlung zu haben. Nachdem der Bericht, der geendet hatte, ergriff Herr Kühn das Wort und suchte in längerer Rede den Bericht theils in Abrede zu stellen, theils suchte er unserer Partei alle Ungeheuerlichkeiten und Unregelmäßigkeiten beim Congress vorzuwerfen und strich die Schweizerische Organisation auf alle mögliche Weise heraus, worauf er von verschiedenen Rednern nach Gebühr abgefertigt wurde. Hier ist kein Boden für den Antisozialismus. Das Schönste war, daß die anwesenden Leuten der Schweizerianer etwas schwanzend in Betreff der Unfehlbarkeit ihres „Diktators“ wurden.

Gratz, den 16. August. Am 18. Juli ds. Js. fand hier eine Schlosserversammlung statt, deren Tagesordnung war: Abkürzung der Arbeitszeit um zwei Stunden. Bisher hatten die Schlosser von 5 Uhr Früh bis 7 Uhr Abends gearbeitet, und sie machten nun die Forderung von 6 bis 6 Uhr zu arbeiten; und verlangten eine Erhöhung ihres sehr geringen Lohnes um 10%. Dieser Forderung wollen die Herren Arbeitgeber nicht entsprechen, demzufolge kündigten sämtliche Schlosser unterm 15. August ihre Arbeit und wird hiermit vor Zuzug gewarnt.

Mit sozialdemokratischem Brudergruß:

Alois Bremmer, Schlosser.

Wiesbaden, 16. August. Unser Arbeiterverein und mit ihm die demokratische Sache in Wiesbaden hat einen schweren Verlust erlitten. Der alte Habich ist gestorben, der bisher wie Keiner unsern Verein unterstützte und stets bei der Hand war, wenn es galt, zu rathen und zu helfen. Er wird bei uns in gutem Andenken bleiben.

Hamburg, den 16. August. Gestern Abend fand in Altona eine Arbeiterversammlung statt, worin die Schweizerischen Delegirten Bericht über den Eisenacher Congress abschatteten und ihr „Hallelujah Schweizer“ sangen. Es mochten etwa 400 Personen, darunter 60-70 unserer Parteigenossen, anwesend sein. In die Rednerliste waren, nächst den beiden Delegirten, Levien und Weib aus Hamburg, sodann Lübert aus Berlin eingeleitet. Der erste Delegirte, Schmalz, sprach in Variationen ungefähr Folgendes:

„Weib ist ein Verräther, weil er zu Bebel-Viebluecht übergelaufen; die letzteren sind auch Verräther, kurzum, in Eisenach gab es nichts wie „Himmel, Volkspartei und Verräther!“ Wahrscheinlich meinte Herr Schmalz, daß der, welchem die Butter unter den Sonnenstrahlen schmilzt, ruhen müsse: „Die Sonne kommt; — Lügen, Lügen herbei, um sie zu verfeuern!“ Herr Winter, zweiter Delegirter, machte angebliche Enthüllungen über unsere „Unehrlichkeit“ zu Eisenach, freute sich, daß wir aus dem „Abwien“ genungen worden seien und gab Beweis davon, daß er sich eher für eine Spinnstube, als für alles andere, eignet. Levien, welcher die vorgebrachten Ungeheuerlichkeiten berichtete, wurde häufig unterbrochen, theilte aber zum Dank dafür recht bissige Liebe aus. Nun kam der „Präsident“ Lübert, welchem man in der Noth vor Weib das Wort ertheilte. Lübert sprach eine Stunde lang. Er hat uns „durchschaut“, er hat seinen Dufsfreund, den „Doctor“, vor uns gewarnt u. s.; wir sind Republikaner, das gefällt Herrn Lübert nicht. Erst die große Masse herangezogen und dann aufgellert, nicht wie wir: gewinnen uns auslären zugleich. Wir sind keine Politiker, Herr Lübert aber hat innerhalb eines Jahres (so lange kimmert er sich nämlich um die Arbeiter) die Weisheit in Politik und Sozialismus mit Effeln gegessen. Ob er diese Weisheit verdaut hat, bezweifeln wir. — Während der Rede Lübert's machte ein Schweizerianer, Homayer aus Hamburg, Standa!, indem er einem unserer Parteifreunde ohne jede Veranlassung ins Gesicht spuckte. Nun saßen die Schweizerianer Muth, fingen an zu stoßen und zu puffen, und wollten Levien und Weib zu Leibe. Dagegen standen jedoch die Hände der Altonaer Tischler und Cigarrenmacher. Das Bureau wollte, nachdem wieder etwas Ruhe eingetreten, nur noch 5 Minuten Redezeit gewähren. Weib nahm jetzt das Wort und erklärte, daß er es unter seiner Würde halte, in einer Versammlung zu sprechen, worin man durch Spüt und Schläge Ueberzeugung zu machen suche. Er verlasse den Saal. Diese Erklärung verblüffte die Schweizerianer; ruhig verließen wir das Lokal und mit uns eine Anzahl unparteiischer Arbeiter. Was darauf noch in der Versammlung geschah ist, wissen wir nicht. Jedenfalls wird man dem oberien „Prinzip“ geopfert, d. h. ein Hoch dem Herrn von Schweizer ausgebracht haben. Der Rest von der Versammlung ist: Eine geballte Faust in der Tasche! —

Heute Abend findet hier in Hamburg eine Versammlung statt, worin die Erklärung Weib's, enthalten in der hiesigen „Reform“, einer „Prengen“ Kritik unterworfen werden soll. Weib ist von den Verursachern der Versammlung zum persönlichen Erscheinen brieflich eingeladen worden; eine „Brutalität“ werde man sich nicht gegen ihn erlauben. Da Weib jedoch seine Erklärung (die Mandatsfälschungen machen den Gegnern Sorge) völlig aufrecht erhält, so hat er dies einfach brieflich mitgetheilt

und geht nicht in die Versammlung. Uebigens enthielt sein Brief die Versicherung, daß er stets zu finden sein werde, wo man mit Ernst, Anstand und Würde über die große Arbeiterfrage verhandle. — Die Agitation in Hamburg und Altona macht für uns Fortschritte; schon kommen 42 Exemplare des Parteiorgans nach beiden Städten.

Braunschweig, 11. August. Gestern Abend ist der Vorort der Partei, als man die Delegirten zum Congreß nach Eisenach wußte und auch unsern H. Ehlers fern wußte, von den Schweigerlingen Lübkert aus Berlin und Wolff aus Hamburg überfallen worden. Leider sind die braunschweigischen Arbeiter kein Futter mehr für solche Wölfe, welche denn auch wie begoffene Fubel abziehen mußten. Unsere Arbeiter wollen die Bemerkung gemacht haben, daß das alte Sprichwort von den Wölfen in Schafschleibern hier gerade umgedreht zu treffen. Ausführlicher Bericht folgt.

Braunschweig, den 14. August. Bei seinem Hiersein erklärte Herr Lübkert ganz offen, daß die Reisegelder für die 9 Agitatoren, welche neulich zur Verherrlichung des, der Kasse 100 Thlr. vorgestreckt habenden (?) Herren von Schweiger in die Welt hinausgeschickt wurden, aus der Verbandkasse entnommen worden seien.

Also hierfür hat jener herrliche Diktator diese Kassenorganisation geschaffen — nicht aber um gewissermaßen für die einzelnen Gewerkschaftsklassen eine Rückversicherung zu haben.

Nun, wer noch ferner Lust hat, sich so um sein Geld auf Nimmerwiedersehen beschwindeln zu lassen, dem steht das offen, — Herr von Schweiger spielt ja seine Rolle weiter. Man kann ihn in Berlin nicht entbehren.

Wenn es dagegen ernstlich um die Emanzipation des vierten Standes zu thun ist, der stelle sich mit den Holzarbeitern auf den Boden der internationalen Vereinigung der Gewerkschaften.

Berlin, den 18. August. Der „Demokratische Arbeiterverein“ nahm in seiner gestrigen Sitzung die Berichterstattung seines Delegirten, Herrn Meyner, entgegen, wobei ihn Herr Aron, der auch von anderer Seite delegirt war, unterstützte.

Nachdem dieselben über die Vorgänge der Vordersammlung (den gealterten Standaalversuch) berichtet, einige Vorwürfe, die unser Partei und einzelnen Mitgliedern derselben von den Schweigerianern gemacht sind, zurückgewiesen, sowie die hauptsächlichsten Beschlüsse bez. der Organisation und das Programm beleuchtet hatten, wurde denselben für ihr Wirken und Verhalten auf dem Congresse die vollste Zustimmung der Versammlung ausgesprochen. — Sobald das vollständige Protokoll vorliegt, soll die Reorganisation des Vereins auf Grund der Congress-Vorlage statt haben, unter welcher Reserve auch von anderer Seite (den früher geweienen Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins) der Anschluß an den demokratischen Arbeiterverein in Aussicht gestellt werde.

Magdeburg, 15. Aug. Kaum war ich am Mittwoch früh 3 Uhr in Magdeburg angekommen, als auch schon ein Telegramm von Staffurt anlangte: „Mittwoch Abend Versammlung, Klein aus Ebersfeld, Bräuer aus Hamburg hier, unbedingt kommen.“ So lieblich es mir auch war, kam zu Hause zu sein und wieder nach Staffurt zu müssen, — so setzte ich mich doch nach Tische auf die Bahn und fuhr hinüber. Ich traf nur Klein aus Ebersfeld, der, sichtlich überreist, beim Eintritt in den Saal zu mir sagte: „Was wollen Sie, ich habe nur eine Mitgliederversammlung der Gewerkschaften zusammenberufen, da dürfen Sie nicht sprechen.“ — Ich antwortete ihm gebührend. Die Versammlung wurde eröffnet und wählte mich zu ihrem Vorsitzenden; ich erbat Klein das Wort, und nachdem er ein Stück auswendig gelerntes Agitationsvortrag gehalten, gab er einen süßigen Bericht über den Congreß, und verlangte, die Hand- und Fabrikarbeiter sollten ihn als ihren Präsidenten anerkennen, und alle Abgefallenen, wie Bremer und Polling, zurückweisen. Jetzt ergriff ich das Wort und widerlegte den ganzen schamlosen Schwindel und Lügenbrei — es dauerte nicht lange, so rief die ganze Versammlung: Klein ist ein Lügner! Klein herunter, wir wollen mit ihm nichts zu thun haben! Klein, der noch eine Vertbeidigung für Herrn Schweiger und sich anbringen wollte, wurde überschrien und ausgepiffen. Nachdem ich die Ruhe wieder hergestellt hatte, beschloß die Versammlung, 1500 Mann stark, sich der sozial-demokratischen Arbeiterpartei anzuschließen. Nach wiederholten Hochrufen auf das Resultat des Congresses der sozial-demokratischen Arbeiterpartei wurde die Versammlung um 1 Uhr Nachts geschlossen. Klein wird an Staffurt noch lange denken. „Klein ist ein Lügner!“

Am Donnerstag traf ich wieder in Magdeburg ein, aber siehe, „Wolf und Bräuer aus Hamburg waren auch eingetroffen.“ Einige Mitglieder des Schneidervereins brachten dieselben zu mir ins Geschäft. Sie gaben an, es müsse heute in Magdeburg Versammlung sein. Die war nun leider nicht. Ich bat, sie möchten doch eine einberufen, ich würde mich freuen, es bei ihnen eben so zu machen, wie es Klein in Staffurt bekommen, aber sie hatten keine Lust und sind den andern Morgen wieder unverrichteter Sache abgereist. Bremer.

Gera, 18. August. Auch unsere Stadt hatte sich am 12. d. Mts. des Aufstehens zweier Agitatoren Schweiger's zu erfreuen, die eine Versammlung durch Plakate nach „Bellevue“ einberufen hatten und welche stark besucht war. Auf der Tagesordnung stand: „Der allgemeine deutsche Arbeiterverein“ und „Bericht über den Eisenacher Congreß“. Als Referent fungierte ein Herr Klübn aus Leipzig, dem ein Herr Klinshardt aus Zeitz setzenderte. Erstgenannter entwickelte in seinem Vortrage die Verfassungszustände, Wort für Wort der Lassalle'schen Brochüre fol-

gend, dem von unserer Seite nichts entgegenesetzt wurde. Als Redner jedoch auf den Eisenacher Congreß zu sprechen kam, legte er sich zunächst auf Lügen, und es entstand eine hitzige Debatte, die bis früh 1 Uhr dauerte. Unser Vorstand C. Brätter und Hr. Perboni fertigten die Agenten Schweiger's gebührend ab. So sollte unter Anderm der Congreß im Gasthof „zum Mohren“ bei verschlossenen Thüren getagt haben; überhaupt bestand dieser sog. „Congreßbericht“ nur in Verdächtigungen der Herren Bebel und Liebknecht. — Hr. Brätter hielt den Schweigerlingen entgegen, daß sie nicht nach Eisenach gekommen wären, um die Einigung herbeizuführen, sondern um dieselbe zu verhindern; das hätten sie durch ihr rohes Betragen bei der Vorberatung im „Löwen“ bewiesen, welches die Vertreter Oesterreichs und der Schweiz mit Eitel erfüllt habe. Nicht Jünger ihres großen Meisters seien die heutigen Lassalleaner, sondern Bastarde desselben.

Hierauf verlangten die Agenten Schweiger's Beweise dafür, daß Letzterer der Reaktion diene. Es wurde entgegnet, daß Schweiger bei Verathung des Militärbudgets im Norddeutschen „Reichstag“ sich als Apostat entpuppt, indem er als Vertreter der Demokratie für das Militärbudget gestimmt. Hr. Klübn stellte diese Thatsache natürlich in Abrede, und bezeichnete es als eine böswillige Erfindung des Herrn Bebel. — Bei der Debatte über das allgemeine Wahlrecht bezeichneten die Sendlinge Schweiger's dieses Recht als einziges Heilmittel gegen alle socialen Schäden. Brätter wies auf Frankreich hin, wo dasselbe schon seit 18 Jahren besteht, und auf Napoleon, der während seiner Gefangenschaft gar schöne Dinge über Sozialismus geschrieben hat, und fragte: wie weit sind die französischen Arbeiter bis heute gekommen? Das allgemeine Stimmrecht sei nur von Werth in einem Staate, wie er durch das Eisenacher Programm angestrebt werde; in absolutistisch regierten Staaten, wie Frankreich und Preußen, sei dasselbe wertlos. Die Regierungen wären klug genug, dem Kampf der Arbeiter gegen die Bourgeoisie den möglichsten Vorschub zu leisten; sie träfen so zwei Fliegen mit einem Schlag. Denn einestheils treibe man hierdurch die Bourgeoisie der Reaktion in die Arme, andernteils bestärke man die Arbeiter in dem Glauben, als wolle man etwas für sie thun. Das sei der reinste Machiavellismus.

Nachdem die beiden Herren in dieser Weise auf den Sand gesetzt und ihre auswendig gelernten Phrasen erschöpft waren, da war auch die Debatte erschöpft. Sie forderten nunmehr die Anwesenden auf, sich in die Liste des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins einzuschreiben, welcher Aufforderung nicht Einer nachkam. Und somit war die Absicht der Schweigerlinge vollständig vereitelt.

Sonnabend darauf hielt unser Verein eine allgemeine Versammlung ab, in welcher Brätter über den Eisenacher Congreß referirte und in kurzen Zügen die dort gefassten Beschlüsse charakterisirte. Es zeichneten sich denselben Abend 22 neue Mitglieder ein, und hoffen wir, daß bald noch mehr dazu treten werden.

Leipzig, den 19. August. Die Holzarbeiter hielten am Dienstag Versammlung im Wiener Saal, in welcher der Delegirte Seiffert über den Eisenacher Congreß Bericht erstattete, sich über das Resultat des Congresses sehr befriedigend aussprach und den Anwesenden den Eintritt als Mitglieder der sozial-demokratischen Arbeiterpartei empfahl. Die Versammlung erklärte sich mit der Haltung ihres Delegirten einverstanden. Hierauf brachte Bebel die Stellung der internationalen Holzarbeiterschaft zur Allgemeinen deutschen Holzarbeiterschaft zur Sprache und beauftragte auf Grund der Eisenacher Beschlüsse die Vereinigung resp. Eintritt in den Allgemeinen deutschen Gewerksverein der Holzarbeiter unter dem Präsidium York's. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Im Arbeiter-Bildungsverein erstatteten Schmalz und Schilling in zahlreicher Versammlung gestern Abend Bericht. Auf Antrag Bebel's beschloß die Versammlung gegen Eine Stimme Annahme des Eisenacher Programms und Beitritt zur sozial-demokratischen Arbeiterpartei.

*) Nicht gestimmt hat Dr. Schweiger für das Militärgesetz, sondern gesprochen; bei der Abstimmung drückte er sich.

Zur Notiz. Theils wegen Mangels an Raum, theils wegen zu später Einfindung mußten mehrere Berichte ic. zurückgestellt werden. Wenn Berichterstatter ihren Namen genannt wünschen, so sind sie gebeten, dies ausdrücklich zu bemerken.

Zur Beachtung.

In der am 7. August stattgehabten Generalversammlung des Arbeiter-Gesangvereins „Germania“, rue du faubourg St. Martin No. 64 in Paris, wurde einstimmig die Errichtung eines

Arbeitervermittlungs-Bureau's

beschlossen, welches zum Zweck haben soll, deutschen, daselbst ankommenden Arbeitern unentgeltlich Arbeit zu verschaffen.

Paris, den 12. August 1869.

Für den Arbeiter-Gesangverein „Germania“:

Der Vorsitzende:

Louis Bauer.

Der Schriftführer:

A. Schnitzlein.

Tod des Präsidenten der Nationalen Arbeiter-Union der Vereinigten Staaten.

London, den 16. August.

Der Generalrath der Internationalen Arbeiter-Association erhielt vor einigen Tagen von New-York die Trauerbotschaft, daß W. H. Sylvis, der Präsident der Nationalen Arbeiter-Union der Vereinigten Staaten, am 27. Juli Morgens um 6 Uhr gestorben ist. Wie unverhofft dieser schwere Schlag die amerikanische Arbeiterklasse getroffen, geht daraus hervor, daß Sylvis noch wenige Tage vor seinem Ende für den „Chicago Workingmen's Advocate“, dessen Mitredakteur er war, Artikel schrieb, die kaum gedruckt sein konnten, als er starb, und daß die Zeitung von derselben Woche, in welcher sie erschienen, seiner Krankheit mit keiner Silbe erwähnte. Sein scheinbar höchst unbedeutendes Unwohlsein war nur seiner nächsten Umgebung in Philadelphia bekannt. Erst spät am Montag Abend, dem 26. Juli, stellten sich Besorgniß erregende Symptome ein — Dienstag Morgen um 6 Uhr hatte der beharrlichste und unermülichste aller beharrlichen und unermülichen Streiter für die gute und gerechte Sache der Arbeiterklasse im 41sten Jahre seines Alters aufgehört zu leben!

Sylvis war einer von den Wenigen, denen es durch unermüliches Streben gelingt, sich über das geistige Alltagsmaß ihrer Klasse zu erheben und sich das Vertrauen Derer, für die sie kämpfen, zu erwerben. Er war der Sohn eines eingewanderten Franzosen und das älteste Kind einer zahlreichen Familie. Schon in früher Kindheit verließ er das väterliche Haus, um bei einem benachbarten Farmer zu arbeiten und sein Scherflein zur Erhaltung der jüngeren Familienglieder beizutragen, welches er getreulich vollbrachte. Später lernte er die Eisengießerei, womit er sich zwanzig Jahre ernährte, bis ihn seine Fachgenossen aus der Werkstelle holten und als ihren Anführer hinausführten auf den Tummelplatz der Geschichte, um als General die proletarische Armee gegen das Unwesen der Bourgeois-Herrschaft in den Kampf zu führen. Neben seiner anstrengenden körperlichen Arbeit hatte Sylvis Muße gefunden, sich einen hohen Grad von Bildung zu erwerben; vor Allem aber wußte er die bestehenden Verhältnisse nach ihrem wahren Werthe zu schätzen und in ihrem rechten Lichte zu erkennen. Tausende, denen die Natur mehr als das Durchschnittsquantum von Gehirn verliehen hat, haben weder den Muth, noch den guten Willen, das eigene Klassen-Interesse und dadurch das eigene persönliche Interesse zu verteidigen; sie begnügen sich damit, ihre höheren Geistesgaben im Dienst der Unterdrücker zu prostituiren, im alten herkömmlichen Schlandrian fortzutrapeln und im entscheidenden Augenblicke ihre Fähigkeiten selbst gegen ihre Klasse zu kehren.

Lincoln's Wahl zum Präsidenten versetzte einerseits der politischen Oberherrschaft der südlichen Sklavenhalter den Todesstoß, andererseits lockerte sie die politischen Liebesbände, welche bis dahin das Proletariat an die radikale Bourgeoisie gefesselt hatten und legte den Grundstein zur Organisation der Arbeiterklasse: der Bürgerkrieg schuf den Kampfplatz, auf welchem die Arbeiterklasse als selbstbestimmende politisch-soziale Macht auftreten konnte.

Die Organisation der amerikanischen Gewerkschaften fällt mit dem Siege der radikalen Bourgeoisie zusammen. Sylvis war einer der thätigsten Beförderer des Gewerkschafts-Bewegens und beschränkte seine Thätigkeit nicht auf die Organisation seines eigenen Gewerkes, sondern war auch andern behülflich. Als wichtigste Maßregel zur Hebung der arbeitenden Klasse galt ihm die Beschränkung der Arbeitszeit. Die

Eisengießer-Union (Gewerkschaft) war die erste Gesellschaft, welche die gesetzliche Beschränkung des Arbeitstags auf acht Stunden verlangte. Dieses geschah auf ihrer zweiten Jahresversammlung im Januar 1861. Als Präsident dieser Union, die 1866 über 130 Zweig-Unionen zählte, welche sich über die Vereinigten Staaten und Kanada erstreckten, durchreiste Sylvis fast das ganze Land, theils um Streitigkeiten zu schlichten, theils um neue Zweige zu organisiren. Da er ein ebenso eifriger Politiker als Gewerks-Unionist war, so hatten jene Reisen einen doppelten Werth für ihn. Während er die speziellen Geschäfte seiner Union abmachte, sammelte er Erfahrungen und machte Bekanntschaften, die das allgemeine Interesse der Arbeiterklasse förderten. Er war zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Lohnfrage nur eine zeitweilige sei, und daß das Endziel der Gewerks-Organisationen unvermeidlich die Abschaffung der Lohnarbeit überhaupt sein müsse. Eine andere Ueberzeugung, die er hegte, war die, daß die Gewerkschaften nichts Ersprießliches für die Arbeiterklasse im Ganzen bewirken könnten, wenn sie nicht einen direkten Einfluß auf die Gesetzgebung ausübten.

Zur allseitigen Behandlung der Arbeiterfrage fand er die regelmäßig veröffentlichten Monatsberichte seiner Union zu beschränkt. Auf der siebenten Jahresversammlung (Januar 1866) wurde beschlossen, eine Monatschrift herauszugeben unter dem Titel: „International Journal“ (32 große Quartseiten), „gewidmet der Diskussion der Arbeiterfrage in allen ihren Verzweigungen, Redakteur Wm. H. Sylvis.“

In Folge einer Adresse der Eisengießer-Union, welche nachdrücklichere Betreibung der Achtsunden-Agitation forderte, kam im Herbst 1866 ein allgemeiner Arbeiterkongreß zu Stande, dessen Resultat die heutige Labour-Union (Arbeiter-Union) ist. Im Jahre 1866 begnügte man sich damit, die Forderungen der Arbeiterklasse festzustellen und zu erklären, daß die Arbeiter fortan keine Gemeinschaft mehr mit den alten bürgerlichen Parteien als solchen haben können, sondern daß sie für Diejenigen stimmen werden, die sich bereit erklären, die Forderungen der Arbeiter im Congreß zu befürworten. Der kurze Zeitraum von zwei Jahren reichte hin, diese Bescheidenheit in den Entschluß zu verwandeln, daß die Arbeiter selbst den Staat regieren müssen, um ihre Forderungen durchzusetzen. Auf dem letzten Congreß im September 1868 ward beschlossen, eine selbstständige politische Arbeiterpartei zu organisiren. Sylvis ward einstimmig zum Präsidenten gewählt (mit einem Gehalt von 1500 Dollars), um den Beschluß auszuführen. In seinem ersten Rundschreiben (November 1868) kündigte er an: „Das Werk, welches wir vor uns haben, ist nichts weniger als eine soziale Revolution. Wenn Alle Hand ans Werk legen, so können wir den Präsidenten für 1872 wählen und in der Zwischenzeit den Congreß controliren.“ Später machte Sylvis eine Rundreise durch die Vereinigten Staaten von Osten nach Westen und von Norden nach Süden, und hielt einige Hundert Reden über die bestehenden Zustände. Er war gerade damit beschäftigt, seinen Jahresbericht und die Vorlagen für den Congreß, welcher sich heute zu Philadelphia versammelt, auszuarbeiten, als ihn der Tod hinwegraffte.

Daß die amerikanische Arbeiterbewegung nicht von dem Leben eines Einzelnen abhängt, versteht sich von selbst; aber ebenso sicher ist, daß Sylvis ein fast unersetzlicher Verlust für den gegenwärtigen Arbeiter-Congreß ist. Aller Augen warteten auf Sylvis, der als General der proletarischen Armee neben seinen Fähigkeiten eine zehnjährige Erfahrung besaß, und — Sylvis ist tod!

Protokoll des Congresses am 8. und 9. August im Gasthof zum Mohren in Eisenach.

(Schluß.)

Montag, den 9. August.

[Eröffnung der Versammlung durch den Vorsitzenden Geib gegen 8^{1/2} Uhr. — Depeschen sind eingegangen von Cöln, Eßlingen (humoristisch), Wien (Sozialisten), Wien (Arbeiter).]

Liebnecht zur persönlichen Bemerkung: Auch gegen mich sind Verleumdungen verbreitet worden; bei Gelegenheit des Prozesses gegen den Communisten-Bund wurde ein Protokollbuch den Geschworenen vorgelegt, das unter Andern von einem Liebnecht unterzeichnet war. Diese Unterschrift sammt dem Protokollbuch war aber, wie Stieber gezwungen wurde, vor den Geschworenen einzugesehen, auf nichtwürdige Weise gefälscht. Jetzt beziehen sich die Leute darauf, indem sie eine angebliche Aussage Hillmann's zur Begründung anführen, daß Köber infolge von Liebnecht's Denunziation zu Zuchthausstrafe verurtheilt worden sei. Ich frage Hillmann, der hier anwesend ist, ob er je etwas derauf gesagt hat?

Hillmann erklärt, früher nie etwas davon gehört zu haben, daß er folglich auch so etwas nicht sagen konnte. Er werde übrigens zum Schluß noch weitere Enthüllungen bringen.

Liebnecht erklärt, hiermit erreicht zu haben, was er erreichen wollte. „Es steht im „Sozial-Demokrat“, folglich ist es gelogen.“ (Große Heiterkeit.)

Hillmann wünscht, daß man allgemein keine Rücksicht auf dieses Blatt nehme, es sei Schweizers Hauptorgane immer gewesen, die Leute zusammen zu hegen.

Rittinghausen als Berichterstatter der am Abend vorher über Theil XI gewählten Commission wegen Einführung der direkten Gesetzgebung: Es mußte gefragt werden, ob nicht eine direkte Gesetzgebung mit Umgehung der Delegirten sich empfehle. Manche hielten dieß für noch nicht zeitgemäß. Anders verhalten sich die Dinge im Staate, anders in einer Partei. Jeder Delegirte spricht nur seine Meinung aus. Es empfiehlt sich, daß die Zahl der Delegirten eines Ortes auf 5 beschränkt werde. Stellt den Antrag der Commission, Theil X und XI in folgender Fassung anzunehmen:

X. Jeder Delegirte hat eine Stimme. Die Parteigenossen, welche sich an einem Orte an der Wahl der Delegirten betheiligen, dürfen nur 5 stimmberechtigte Abgeordnete zum Congress entsenden. Parteimitglieder, welche nicht Delegirte sind, haben nur beratende Stimme.

XI. Spätestens drei Wochen nach dem Congress muß das Congressprotokoll allen Mitgliedern zum Kostenpreise zugänglich gemacht werden. Alle Congressbeschlüsse, welche eine Abänderung des Statuts, die Grundzüge und die politische Stellung der Partei oder die Befestigung derselben betreffen, müssen innerhalb 6 Wochen nach dem Congress der Uebereinstimmung aller Parteimitglieder unterbreitet werden. Einfache Majorität der Abstimmanden entscheidet. Das Resultat der Abstimmung wird im Parteiorgan veröffentlicht.

Mühlwasser: Wenn Sie dem Delegirten einer entfernten großen Stadt oder eines großen Bezirks nur Eine Stimme geben, wie dem Delegirten eines benachbarten Dorfes, so ist das ungerecht. Jeder Delegirte, welcher eine bestimmte Zahl (500) von Stimmen vertritt, sollte je eine Stimme haben.

[Der Commissionsantrag über Theil X und XI wird hierauf angenommen.]

Zu Theil XII.

Bebel als Berichterstatter: Es ist von Müdt die Frage angeregt worden, ob nicht lieber vom Congress die Mitglieder des Ausschusses und der Commission zu wählen seien. Dagegen ist von Braunshweig und Hamburg eingewandt worden, daß dem Congress hinreichende Kenntniß der Persönlichkeiten und deren Fähigkeiten abgehe.

Aron wünscht Auskunft über den Wahlmodus, welcher vorgeschlagen sei, und wird auf die Bestimmung in XII hingewiesen.

Bebel will statt halbmeilig, einmeilig gesetzt haben.

Hirsch will zweimeilig, statt einmeilig, wird nicht unterstützt.

Berner (Leipzig) will Wahl durch Urversammlung, wird aber nicht unterstützt.

Aron will „in besonderen Wahlgängen durch Stimmezettel“, wird unterstützt.

Sonnemann findet es bedenklich, daß der Congress den Mitgliedern des Vorortes die Wahl überläßt und will, daß der Congress wenigstens 2 Personen des Ausschusses wähle.

Walster spricht sich entschieden gegen eine weitere Zerlegung der exekutiven Gewalt aus; habe man früher einen Manne ohne Controle getraut, so werde man jetzt einer großen Mitgliedschaft das Vertrauen schenken können. Wähle man zwei, könne man gleich Zwietracht in die Partei bringen.

Aron will Veröffentlichung des Wahlprotokolls über Wahl der Vorortsmitglieder.

Stolle und Müdt gegen Ueberlassung der Wahl an die Vorortsmitglieder.

Schlömer beantragt Bestätigung der Wahl des Ausschusses durch die Parteimitglieder 4 Wochen nach Bekanntmachung der gewählten Personen durch das Parteiorgan mit einfacher Majorität. Erfolgt die Be-

stätigung nicht, so muß die Wahl nach 4 Wochen direkt durch die Parteimitglieder geschehen.

Bennecke beantragt, daß der Kassirer Caution zu stellen habe.

Walster ist nöthigenfalls damit einverstanden, daß der Vorsitzende vom Congress ernannt werde, aber nicht eine zweite Person, durch welche der Dualismus von vornherein in die Exeutive gebracht werde.

[Depesche aus Wiesbaden von „Sozial-Demokraten“.]

Schrader wünscht Wahl durch die Mitgliedschaft.

Bronnemayer beantragt Wahl des Vorsitzenden durch den Congress.

Müdt wünscht Wahl sämmtlicher Mitglieder des Ausschusses durch den Congress.

Sonnemann zieht seinen Antrag zurück.

York hält es für sehr falsch, daß die Ausschussmitglieder im Congress gewählt werden, da besicht mancher durch glänzende Rednergabe die Ortsmitglieder kenne ihre Mitglieder besser.

[Schluß der Debatte.]

Bracke bittet mit Ausnahme des Schlömer'schen und Bönnecke'schen alle Amendements abzulehnen, da die Ausschussmitglieder immer von den paar Delegirten gewählt werden, während sie doch mit dem Amendement Schlömer's von einer großen Mitgliedschaft gewählt werden, die mehr Vertrauen verdiene. Die Spitze soll eine Exeutive sein und keine Führung. Ernennen wir hier alle Ausschussmitglieder, dann kommen wir wieder auf die Persönlichkeitsfragen.

Es wird abgestimmt: Das Amendement Müdt's wird verworfen.

Ueber das Amendement Bronnemayer's wird die Abstimmung als zweifelhaft erklart. Hirsch beantragt Wiederaufnahme der Debatte, auch hierüber ist die Abstimmung zweifelhaft; man geht zur Abstimmung über; der Antrag Bronnemayer's wird abgelehnt. Angenommen werden die Amendements von Aron, Bennecke, Aaron, Schlömer und Bebel.

Greulich will, daß die Caution von der Controlcommission fixirt und in Verwaltung genommen werde. — Dies wird angenommen.

XIII ohne Debatte angenommen.

XIV desgleichen.

XV ebenfalls.

Aron beantragt, daß mit der Wahl der Controlcommission ebenso verfahren werde, wie XVI mit Wahl des Ausschusses. Auch dieses wird angenommen.

Zu XVII wird von Opificius (Frankfurt) beantragt, daß die Controlcommission verpflichtet werde, vierteljährlich Controle eintreten zu lassen.

Bonhorst beantragt einfache Majorität, wird abgelehnt.

Theil XVII angenommen.

Bracke als Referent beantragt zu XVIII, daß das „Demokratische Wochenblatt“ in Besitz der Partei genommen und zum Parteiorgan umgewandelt werde; Umänderung des Namens erst mit nächstem Quartal aus Rücksicht auf die Post. Als Titel empfehle er: „Der Volksstaat“.

Nippoldt beantragt Hinzufügung: „Organ der sozial-demokratischen Partei in Deutschland.“

York beantragt: „Organ der demokratisch-sozialistischen Arbeiterpartei.“

Liebnecht setzt die praktischen Gründe auseinander, aus denen der alte Titel bis zum nächsten Quartal beibehalten werden müsse, aber das Blatt müsse zweimal die Woche erscheinen. Das „Demokratische Wochenblatt“ ist verurtheilt worden als Bourgeois-, als weltliches Organ, aber nur von Schweizer und Genossen. Verdächtigungen werden gegen Alle geschleudert werden, welche in unserer Partei antreten und unsere Organisation annehmen. Das „Demokratische Wochenblatt“ hat alle Kämpfe der Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Bereins, so weit sie nicht persönliche Interessen des Herrn von Schweizer betrafen, jeder Zeit unterstützt.

Bebel bittet, den Titel nicht zu diskutieren, bis man über den Namen der Partei einig sei und die Diskussion auch hierüber anzusetzen.

Schen wünscht, daß der Titel jetzt diskutiert werde.

Weller (Münster) schlägt vor: „Organ der sozial-demokratischen Partei.“

[Telegramme, Ronsdorfer Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.]
Schen beantragt: „sozial-demokratischen Arbeiterpartei“ ohne Hinzufügung von „Deutschlands“.

Bebel wünscht eben nur Partei und nicht Arbeiterpartei, weil das überflüssig, beantragt aber den Titel: demokratisch-sozialistisch, weil wir nur durch den demokratischen Staat zu dem sozialistischen Staate gelangen.

[Schluß der Debatte mit Ausnahme des nächsten Redners.]

Bremer: wir wollen nicht für irgend eine verwandte Partei eintreten, sondern jene mag zu uns kommen. Die Arbeiterpartei ist die Partei der Menschheit, wer in ihr kämpfen will, er sei Arbeiter oder nicht, der ist ihr willkommen.

Bebel erklärt sich mißverstanden.

Bremer bestreitet dies und verlangt den Titel: sozial-demokratische Arbeiterpartei.

Bracke als Referent: Der einzelne Mensch kann nicht gut demokratischer Sozialist genannt werden, andererseits sei der andere Titel weiterfassend, es sei aber übrigens ziemlich gleichgültig; allein sozial-demokratische Arbeiterpartei ist überflüssige Wiederholung.

[Schluß der Debatte.]

Bebel weist darauf hin, was das Gründen einer neuen Zeitung kostet, das Blatt habe nur eine Schuldenlast von 6—800 Thln., was eine geringfügige Summe gegen die entstehenden Kosten für ein neues Organ sei.

Rittinghausen hält es für sehr bedenklich, einen gewohnten Parteinamen zu ändern, der eine historische Bedeutung habe. Bei jeder Entwicklung habe die Partei ihren Namen verändert. Der richtige sei jetzt sozial-demokratische Partei.

Bei der Abstimmung wird der Titel: sozial-demokratische Partei angenommen.

Pölling behauptet, damit seien die Arbeiter hinausgeworfen.

F. W. Frißche und Bremer wollen ihre Mandate zurückziehen. [Großer Sturm.]

York beantragt namentliche Abstimmung.

[Die Wiederaufnahme der Debatte wird von Raspe beantragt und vom Congreß beschlossen.]

Hoffstetten: Herr Raspe wünscht Denjenigen nachzugeben, welche das Wort „Arbeiterpartei“ aufgenommen haben wollen.

Die Versammlung entscheidet sich für den Titel: „Sozial-demokratische Arbeiterpartei“.

Desgleichen für den Titel: „Volksstaat“.

Desgleichen für den Sitz des Erscheinens: Leipzig.

Theil XVIII wird hierauf im Ganzen angenommen.

Desgleichen Teil XIX ohne Debatte.

Zu Bezug auf die Statuten der sozial-demokratischen Arbeitervereine werden verschiedene Amendements gestellt.

Bebel beantragt, den § 2 aus Rücksicht auf polizeiliche Hindernisse zu streichen.

Rittinghausen wünscht, daß alle Delegirten nur in Volksversammlungen zu wählen seien.

Bebel beantragt: „Agitationszwecke“ statt „Parteizwecke“ zu setzen.

[Pause von 1½ Stunde angenommen 12¼ Uhr.] — Nachmittags ½3 Uhr Wiedereröffnung durch den Vorsitzenden Geib. — Depesche aus Gotha: Hoch die Delegirten!

Rippoldt beantragt Enbloe-Annahme.

Rittinghausen zieht seinen Antrag zurück.

Die Streichung von § 20 wird angenommen.

Das Statut mit Bebel's Verbesserung „Agitationszwecke“ en bloc angenommen.

Zu Teil XV erhebt Schen gesetzliche Bedenken.

Oberwinder bestätigt sie, da in Oesterreich ein Comité von mehr als 5 Mitgliedern als ein Verein angesehen wird.

Bebel beantragt, in solchen Fällen dem Ausschusse die geeigneten Maßregeln anheim zu stellen.

Rüdt beantragt: Weder Redacteur noch Expediteur des Organs dürfen im Ausschusse sein.

[Wird angenommen.]

Zu III, 8 ist ein Protest eingegangen wegen Nichtaufnahme einer Bestimmung über Zuchthausarbeit.

Rüdt beantragt Einführung der im Verkehr üblichen Löhne für die Arbeiter in Strafanstalten.

York beantragt: Beseitigung der durch die Zuchthausarbeit den freien industriellen Arbeitern geschaffenen Concurrenz.

Schlömer: Verbot der Zuchthausarbeit.

Walster beantragt, statt Zuchthausarbeit zu setzen: „Zucht- und Arbeitshausarbeit.“

York ist damit einverstanden.

Der Antrag wird mit dieser Erwägung und mit Streichung des Wortes „industriellen“ genehmigt.

Weyner beantragt zu III, 8 „Verbot der Kinderarbeit in Fabriken und auf dem Lande.“

Schlömer beantragt hierzu das Wort: „erwerbemäßigen“ einzuschalten.

Bebel beantragt: „Verbot der Kinderarbeit.“

[Wird angenommen; die übrigen Amendements zurückgezogen.]

Berner (Leipzig) beantragt: Die Reisefosten und Diäten der Delegirten zu den Generalversammlungen sind auf alle Parteigenossen zu übertragen, nach Kopfzahl zu repartieren und eine Extrasteuern zu erheben.

Walster constatirt auf Grund des Protokolls, daß das Verbot aller Kinderarbeit schon mit dem Frißche'schen Antrage am vergangenen Tage beschlossen sei.

Bebel weist auf die unpraktischen Seiten des Berner'schen Antrages hin, die unverhältnismäßigen Summen, den Mangel an gleichmäßigen Wahlkreisen etc.

[Der Antrag Berner's wird verworfen.]

(Die Programm- und Organisationsdebatte wird für geschlossen erklärt.)

Der Vorsitzende Geib erklärt die sozial-demokratische Arbeiter-Partei auf Grund des beschlossenen Programms und der Organisation für constituirt.

(Aufsteigendes Bravo.)

Schen beantragt für diesmal von einer Bestätigung des Ausschusses durch die Unwähler abzusehen.

Bracke beantragt einseitige Zusammensetzung eines provisorischen Comité's.

Der Vorsitzende Geib erklärt sein Mandament zurück.

Vorsitzender schlägt vor, daß Koller und Dr. Walster das Protokoll bearbeiten, und im Einverständniß mit einer Redaktionscommission von 3 Mitgliedern herausgeben sollen.

Liebnecht wünscht, daß das von Dr. Walster abgefaßte Protokoll dem Parteiorgan zum Abdruck zur Verfügung gestellt werde.

[Wird angenommen. Desgleichen die Bearbeitung durch Walster und Koller.]

Neben Dr. Walster und Koller werden Bebel, Werner und Liebnecht in die Redaktionscommission gewählt.

Als Sitz des Vorortes werden Hamburg, Leipzig, Wien und Braunschweig vorgeschlagen.

Bracke spricht gegen Hamburg, wegen der dortigen Parteiverhältnisse. Auch vor Leipzig sei zu warnen, weil gegen die Herren Liebnecht und Bebel noch nicht überwundene Vorurtheile herrschen. Braunschweig-Wolfsenbüttel würde Bracke und Spier in den Ausschluß bringen, deren persönliche Verhältnisse eine solche Thätigkeit nicht ermöglichen. Er schlägt deshalb Wien vor als Vorort und für Hamburg ein Agitationscomité. Dagegen will Bracke die Mitgliederbeiträge annehmen. Eine Finanzcommission in Braunschweig.

Oberwinder erklärt seine Freude über Bracke's Antrag, Wien müsse der Centralpunkt der sozial-demokratischen Bewegung werden. Die politische Situation werde zwischen Berlin und Wien entschieden. In Preußen zeigt das Volk wenig Initiative, wegen Uebermacht der Regierung. In Oesterreich gehe ein Zeretzungsproceß vor sich, der günstig für die Bewegung, wegen schwankender Regierung.

Liebnecht ist anfangs ganz derselben Ansicht gewesen, aber er findet die polizeilichen Verhältnisse dort ungünstig. Wenn Wien ein Jahr lang in unserer Bewegung geblieben, dann wird es uns eine Ehre und Freude sein, den Vorort dahin zu verlegen. Es bleibt nur Braunschweig und Leipzig, und schlage er ersteren Ort vor, Leipzig werde unter keinen Umständen annehmen.

Keumayr ist für Oesterreich, dessen jungfräuliche Bewegung die Sache fördern müsse.

York ist auch für die alte Kaiserstadt gewesen, welches 1848 über Berlin den Vorrang errungen hatte. Aber die jetzigen Verhältnisse! Wir müssen Braunschweig nehmen. Die Wiener müssen mehr mit dem nördlichen Deutschland, die norddeutschen Genossen mehr mit österröischen Verhältnissen bekannt gemacht werden. Empfiehlt Braunschweig.

Reichelt (Hannover) warnt vor Wien, eben wegen der feindseligen Haltung der dortigen Bourgeois-Presse u. s. w. Auch gegen Leipzig sei er, und empfehle Braunschweig.

Bebel: Herr Bracke erkennt durch seine Vorschläge selbst an, daß Wien zur Zeit nicht möglich ist, es wäre eine zweite Mainlinie.

[Leipzig und Wien wird verworfen, Braunschweig angenommen. — Depesche von Frankfurt: Vorwärts, es lebe die Vereinigung!]

Walster schlägt vor, Wien als Sitz der Control-Commission zu erwählen, um Oesterreich hereinzubringen in den gemeinschaftlichen Parteiverband und in das gemeinschaftliche Parteileben.

[Wien wird ohne weitere Debatte als Sitz der Control-Commission erwählt.]

Bebel beantragt, daß die Ausschussmitglieder entschädigt werden sollen für ihre Mühewaltung und daß der Control-Commission übertragen werden soll, Vorschläge über Höhe der Entschädigung zu stellen.

Bracke beantragt: Jedem Parteigenossen eine Extrasteuern von 2 Groschen zur Deckung der 300 Thlr. Congressschulden abzuverlangen und gegen Einziehung dieses Betrages Parteigenossen anzugeben. Er modificirt denselben durch Herabsetzung um die Hälfte.

Bebel: Hier sind 193 Orte, mögen überall Volksversammlungen abgehalten und freiwillige Beiträge gesammelt werden. Wörtlich: Der Congreß empfiehlt den Parteigenossen an allen Orten freiwillige Sammlungen zu veranstalten und diese dem Ausschusse einzusenden.

Bracke's Antrag wird verworfen, der Bebel's angenommen.

Zum nächsten Congreßort werden vorgeschlagen: Süddeutschland im Allgemeinen, Nürnberg, Mainz, Stuttgart, Frankfurt.

Bürger empfiehlt Württemberg. Stuttgart wird angenommen.

Lorenz (Stuttgart) dankt, und hofft, daß der Congreß würdig empfangen werden wird.

[5 Minuten Pause.]

Der Vorsitzende eröffnet die Debatte zur Gewerkschaftsfrage und verliest eine Mittheilung F. P. Becker's als Antrag, dessen momentane Behandlung vorläufig abgelehnt wird.

Leyendecker beantragt: die anwesenden Präsidenten von Gewerkschaften zu hören. Dies wird angenommen.

York spricht über das Verhältniß der verschiedenen Gewerkschaften zu einander und deren mögliche Vereinigung (resp. Trennung) und schlägt vor: sich unter sich selbst zu organisiren und abzumarten bis sich Gegensätze vereinbaren lassen werden, damit die Angehörigen der verschiedenen Richtungen keinen Schaden dadurch als Mitglieder der Gewerkschaften nehmen.

Schob (Präsident der Schneidergewerkschaft) theilt seine Erfahrungen mit und vertritt den internationalen Standpunkt. Beantragt, daß die anwesenden Fachgenossen mit schweizerischen Fachgenossen in Verbindung treten und fordert anderweitige Gewerkschaften auf, Gleiches zu thun und mit der Internationalen in Verbindung zu treten. Warnung vor Verbindung mit den diktatorisch organisirten Gewerkschaften Schweizer's.

Werner (Leipzig) bespricht die Stellung der Gewerkschaften gegenüber der sozialdemokratischen Organisation und beleuchtet die Anforderungen, die an die Gewerkschaften in pekuniärer Hinsicht gemacht

werden, warnen vor Zersplitterung der Kräfte und theilt als gemachte Erfahrung mit, daß sich Gründung von Mitgliedschaften internationaler Tendenz der sozialdemokratischen Partei empfehle, Vereinigung mit jenseitigen (Schweizer-Hatjeldtschen) Gewerkschaften unfruchtbar angestrebt würde. Organisation von Gewerkschaften nennt er „Mittel zum Zweck der Parteiförderung und Verbreitung der sozialdemokratischen Idee.“

Bebel wird dafür sorgen, daß alle internationale Holzarbeitergewerkschaften zu York's Gewerkschaft übergehen. Gleich geht es nicht, weil viele Ausgaben gemacht sind. Diese Vereinigung wird auch anderwärts zu ermblich sein. Aber die Schweizer müssen sich von Schweizer lösen.

Kobizsch zieht seinen Antrag zu Gunsten der Bebel'schen Ansicht zurück.

Vintert ergeht sich über Einrichtung der Gewerkschaften und hebt die Wichtigkeit der Krankenkassen hervor.

Schiffert (Leipzig) bemerkt, daß die Zahl der Genossenschaften der Kassen wegen möglichst beschränkt werden müsse. Der Egoismus, der in die Gewerkschaften gebracht wird, müsse möglichst beschränkt werden, es möge nicht zu viel versucht werden, es muß ihnen gesagt werden, daß sie hauptsächlich zu Produktivassoziationen vorgebildet werden sollen.

Vorsitzender bittet, mehr auf die Verbandsfrage Rücksicht zu nehmen, die Einrichtung der einzelnen Genossenschaften sei innere Sache der einzelnen Genossenschaften.

Werner und Motteller beantragen, daß die Parteigenossen so viel wie möglich dahin wirken, daß die Gewerkschaften im Wege gegenseitiger Rückversicherungsverträge (Cartells) sich möglichst ihr Bestehen zu sichern suchen.

Schrader (Münchberg) als Mitglied einer zerfallenen Genossenschaft will Anschluß an eine internationale Genossenschaft.

Maters weist darauf hin, daß die ländliche Bevölkerung besonders durch das Materielle der Gewerkschaften zu gewinnen sei. Auch er wünscht Anschluß an die internationalen Gewerkschaften.

Schulz (Mainz) wünscht Anstärkung über die Verbindung der Genossenschaften und zu diesem Behufe Fortsetzung der Debatte.

[Dieselbe wird beschloßen.]

Schmidt (Wiesbaden) fragt, wie die chinesische Mauer der Schweizerlinge zu besiegen sei. Vorläufig möchten die aus dem Schweizerischen Verband Ausgetretenen sich mit den Andern vereinigen.

Kaspe (Essen): Die Schweizerischen Gewerkschaften können nicht mehr lange bestehen, da Dr. Schweizer seinen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Zu dieser Ueberzeugung muß man sie kommen lassen. Das, was der Kongreß schafft, hat eine Zukunft, die anderen nur eine Vergangenheit. Die noch im Schweizerischen Verband Befindlichen müssen einweilen ihre Thätigkeit fortsetzen.

Levender (Mainz): Auch die Mainzer sind vor die Thür gesetzt, sie können nicht lange warten, die Andern werden nicht sobald zur Bestimmung kommen, da ist Bewirrung unausbleiblich. Wir müssen sofort zur Internationalen übergehen.

Kobizsch und Reimann beantragen, daß das Parteiorgan auch das Organ der Gewerkschaften werde.

York beantragt Verpflichtung der Parteigenossen zur Gründung von Gewerkschaften auf internationalem Gebiete.

Schulz (Mainz) will dafür sorgen, daß die Ausgetretenen sich außerhalb der Internationalen anschließen. Andere aber haben bereits viel eingezahlt, namentlich die Metallarbeiter. Er will, daß durch das Parteiorgan Anstärkung über die Gewerkschaften gebracht werde.

Levender erklärt in Bezug auf die Zimmerleute zu Mainz, daß sie sich der Internationalen anschließen werden.

Mühlwässer ergeht sich in Betrachtungen über die internationalen Verhältnisse Oesterreichs.

Grenlich (Zürich) befragt die Wirtschaft des Dr. Schweizer mit dem Geiste der Gewerkschaften und erklärt dieß für eine Schmach. International müssen sie alle werden, soweit sich Anknüpfungspunkte finden. Um ein Organ zu haben für Alle, können Sie den Generalkonvent in London nehmen, derselbe müßte einen Beitrag zu den Bureaukosten erhalten.

Müller (Dresden) beantragt eine kurze Separatitzung der Gewerkschaftsvertreter, um sich über ein einheitliches System zu einigen.

[Dies wird angenommen.]

Bebel und York bringen statt ihrer einzelnen Anträge einen vereinigten ein. In Gunsten dieses Antrags wird auf die Separatitzung verzichtet.

Oberwinder antwortet auf eine Interpellation.

Der Bebel-York'sche Antrag wird angenommen.

Der Motteller-Werner'sche gleichfalls.

Der Kobizsch-Reimann'sche desgleichen.

[Telegramm: Donnerstages Hoch von den Mainzer Genossen.]

Brief aus Remscheid mit Zustimmungserklärung.]

Es folgt Berichterstattung der Prüfungskommission (v. Vonthorst.)

Beauftragte wurden 11 Mandate von Gotha, weil sie keine Mandanten angaben. (Diese Delegirten hatten andere Mandate.) Der Vorsitzende tritt dem bei.

Der Delegirte von Gersheim wird beauftragt. Der Vorsitzende entscheidet dagegen.

Der Vertreter (Stumpf) der deutschen Section aus der Schweiz

wird beauftragt, weil keine Zahl angegeben. Die Zahl wird auf Grund glaubhafter Mittheilung auf 1500 Stimmen festgesetzt.

Dem Vertreter der Dienstadtgesellschaft in Apolda werden, weil die Zahl nicht angegeben, auf Grund angelegter Ermittlungen 25 Stimmen zugestanden.

Holling wird wegen eines Formfehlers mit 44 Stimmen beauftragt. Der Vorsitzende hebt das Mißverständnis.

Knappe für Hand- und Fabrikarbeiter wird mit 66 Stimmen angenommen.

Berg aus Köln hat ein Mandat ohne Angabe des Orts. Es wird Köln ermittelt.

Schuhmachergenossenschaft Bamberg wird mit 25 Stimmen angenommen.

Cigarren- und Tabalarbeiter Berlins, Mandat Fritzsche, werden mit 108 Stimmen angenommen.

Stolle weist die Anschuldigungen wegen zu später Prüfung der Mandate zurück.

Die Commission theilt ferner mit, daß 262 Delegirte mit 324 geprägten Mandaten anwesend sind; 26 Mandate sind beauftragt, 193 Orte vertreten, die nicht beauftragten Stimmen belaufen sich auf 148, 250, wozu die von der Versammlung zugestandenen hinzuzurechnen sind. Der Kongreß enthebt mit Dank die Commission ihrer Pflicht.

Zur Verhandlung kommt nunmehr der Antrag Joh. Ph. Becker's und Genossen.

Liebnecht beantragt: 1) Der Kongreß ernenne eine Commission, welche zu berathen hat, wie die Beziehungen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zur internationalen Arbeiterassoziation zu regeln sind; 2) Der Kongreß ernenne eine Delegation, die auf dem bevorstehenden Baseler Kongreß das Verhältniß zur internationalen Arbeiterassoziation endgiltig zu regeln hat; und 3) der Kongreß empfehle allen Mitgliedern der sozialdemokratischen Arbeiterpartei den persönlichen Eintritt in die internationale Arbeiterassoziation.

J. Ph. Becker bedauert, daß sein Antrag so zum Schluß erst gekommen, daß fast nichts anderes übrig blieb, als ihn einer Commission zu übergeben, zumal bei der sonderbaren Brüderlichkeit einer gewissen Partei. Aber ohne Beschluß können wir nicht gehen. Jeder Sozialist muß international sein.

Der Vorsitzende bemerkt, daß erst die Tagesordnung erledigt werden müsse.

Liebnecht bemerkt, daß der Kongreß durchaus von internationalem Geist befeelt war.

Werner: Wir können uns nicht mit einer Resolution gegenüber dieser Frage abfinden. Empfiehlt eine Commission, welche ihre Beschlässe dem Baseler Kongreß überbringt. Die Gewerkschaften müssen nothwendiger Weise in Verbindung mit der Internationalen treten.

Kittinghausen warnt vor dem Antrage Liebnecht's wegen des Vereinsgesetzes, namentlich in Preußen. Das Auskunftsmitel ist nur eins: daß wie alle persönlich eintreten und in unserem Kreise zu Gleichen anregen.

Liebnecht: Der Kongreß ist kein Verein, und in Eisenach gibt's kein Vereinsgesetz. Wir müssen unsere Zusammengehörigkeit bekräftigen.

Grenlich will Erörterung der Grundsätze, nach welchen die Commission sich zu richten habe. Gegenüber den Bedenken wegen der Kosten, deutet er darauf hin, daß ja auch ein Deutscher in der Schweiz als Delegirter bezeichnet werden könnte.

Der Vorsitzende bemerkt dazu, daß ein Schweizer schwerlich alle unsere Vereinsgesetze kenne.

[Der Schluß der Debatte wird angenommen.]

Bei der Abstimmung wird der Antrag Liebnecht's angenommen.

Auf Antrag des Vorsitzenden wird die Commission gewählt.

Gewählt werden Liebnecht, Kittinghausen und Grenlich.

Beschloßen wird, daß ein Delegirter nach Basel geschickt werde.

Hierzu wird Liebnecht bestimmt.

Schulz (Mainz) empfiehlt, seine Angriffe im Parteiorgan gegen Schweizer, den Allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein u. zu bringen, ebensowenig ihre Angriffe zu erwidern.

[Der Antrag wird nicht hincindend unterstützt.]

Braße theilt mit, daß Tölkke 30-40 Delegirte zur Agitation mit Geldmitteln versehen habe. Wer am tüchtigsten agitire, bekomme die Oberhand.

[Depesche von Coblenz: Sorgt für die Einigkeit.]

Lasch (Chemnitz) versichert, daß bei ihm zu Hause die Agitatoren keinen Boden finden werden.

[Ein Antrag zur Begrüßung der Weimarer Lehrerverammlung geht ein und wird angenommen.]

Geib, Oberwinder und Joh. Ph. Becker werden gewählt, diese Begrüßung zu bewirken.

Mühlwässer (Brünn) beantragt, einen Aufruf an die Nationalitäten,

Liebnecht ein Manifest an die Arbeiter. — Letzteres wird angenommen und Joh. Ph. Becker, Oberwinder und Liebnecht hierzu gewählt.

Ebenso werden zwei Proklamationen an die Schrift-Proletarier (Lehrer) und landwirtschaftlichen Arbeiter beschloßen. — Dieselbe Commission wird zur Abfassung derselben ernannt.

Schmidt (Wiesbaden) ermahnt die Anwesenden, Alle einzutreten mit aller Macht für das, was sie heute beschloßen.

Zum provisorischen Comité werden hierauf ernannt: Bracke, Ehlers, Reidel (Braunschweig) und Spier (Wolfenbüttel).

Küdt gedenkt Derjenigen, die sich in Feindschaft getrennt haben, wie sie gekommen. Dagegen seien hier die Grundsteine zu einem großen Werke gelegt von freien Männern. „Dieses ist nicht durch die Waffen der Plüge zu stürzen, so wenig wie Luther's Werk. So denken wir.“

Den freien Volksstaat zu gründen sind wir gekommen. Des Volkes Stimme ist Gottes Stimme.“

Naters erklärt, daß er im „goldenen Löwen“ zur Besöhnung geredet und deshalb Verräther genannt worden sei. Deswegen sei er hierhergekommen und habe sich hier glücklich gefühlt: dankt den Vertretern Oesterreich's.“

Bremer will nur an die trübte Stimmung zur Zeit der Einberufung und an das frühliche Gefühl jetzt über das gelungene Werk erinnern. Er dankt dem Vorsitzenden für seine Mühe und fordert zu einem Gang nach der Wartburg und dann zur Berathung der Gewerksgenossenschaften auf.

Vonhorst gedenkt der Führung des Hrn. Weib und der Unterstützung durch das Bureau.

Hillmann wirft einen kurzen Rückblick auf seine lange Laufbahn als Sozialist, gedenkt der schmerzlichen Geübte darüber, daß er jahrelang nichts mehr thun konnte für die Sache mit seinem Häuflein, dankt für das Erscheinen und die Theilnahme der Arbeiter in Masse.

Der Vorsitzende Weib erklärt diesen Congress als die aufgebende Sonne einer großen sozialen Bewegung in ganz Deutschland. Er erinnert an das Märchen vom dem Baume, dessen Zweige sich zurückziehen, wenn man nach den goldenen Früchten greifen will. Dieser Baum sei von einer bösen Schlange umwunden, die man zu verschlingen auf alle Weise beschreift sein müsse. Wenn dies aber auf friedlichem Wege nicht zu erreichen sei, dann sei nichts übrig, als einen neuen kräftigen Baum ersehen zu lassen. Dies werde erreicht, wenn der Geist der Zusammengehörigkeit Alle bewege, und diesen Geist möge man in alle Herzen pflanzen.

Hoch die Internationale Arbeiter-Bewegung!

(Die Versammlung stimmt begeistert ein.)

[Der Congress ist geschlossen. — Schluß des Protokolls.]

Sienach, den 9. August 1869, Abends 9 Uhr. Gasthof zum Mohren.

Vor zwanzig Jahren

feierte die „Blut- und Eisenpolitik“ in Baden ihre entscheidlichen Orgien und stärkte sich im Herzblut der deutschen Republikaner zum Tigerprünge des Jahres 1866. Der jetzige König von Preußen hatte das Kommando: lustig zerrissen die preussischen Standrechtstugeln die Brust der Kämpfer für das freie, einigende Deutschland; und das geknebelte Volk schaute ohnmächtig zu und — schwor Rache. Damit die That, damit der Schwur nicht vergessen werde, hat der Stuttgarter „Beobachter“ am 3. August nachfolgendes Gedenkblatt veröffentlicht:

„Der „Beobachter“ vom 3. August 1849 berichtet:

„Baden. Das Morden hat begonnen. Johann Ludwig Maximilian Dortu aus Potsdam, Sohn eines preussischen Staatsdieners, vormaliger preussischer Unteroffizier, Kämpfer auf den Berliner Märzbarrikaden und Mitstreiter im badischen Volksheere, wurde am 31. Juli früh 4 Uhr in Freiburg von den Preußen beim Kirchhof von Wiehre, $\frac{1}{4}$ Stunde vor der Stadt, erschossen. Er wurde in einer Chaise hinausgeführt. Am Kirchhof, erzählt das „Deutsche Volksblatt“, mußte er aussteigen. Er ging, ein großer, schöner Mann, etwa 24 Jahre alt, muthig und gefaßt, die linke Hand auf das Herz gelegt, die rechte in die Seite gestemmt, in der Mitte des Quartiers, das die Infanterie gebildet hatte, während die Husaren in der Nähe streiften, um Zuschauer ferne zu halten. Das Todesurtheil wurde vorgelesen. Dortu antwortete: Ich sterbe für die Freiheit; schießt gut, Brüder! Er sank sogleich, von vielen Kugeln durchbohrt, entseelt zusammen. Die Leiche wurde in einen Sarg gethan und beim Eingange des Kirchhofes vergraben. Das Grab hat keinen Hügel, sondern ist ganz eben.“

Dies war das erste Lebenszeichen der nach Besiegung der badischen Reichsverfassungskämpfer durch die Preußen eingesetzten Standgerichte. Dem heldenmüthigen Preußen folgten 27 andere deutsche Männer in den Tod, 68 wanderten in das Zuchthaus auf lange, lange Jahre. Wohl 10,000 zogen in die Verbannung, ins Elend. Die Mehrzahl derselben deckt die fremde Erde! Und alles das — weil sie, dem Schwur des deutschen Volkes getreu, für die von seinen Ver-

hand gekämpft hatten, wider dynastischen Verrath und Vergewaltigung. „Als eine heilige Pflicht“, so rief im Frühjahr 1866 ein Freischärler, der diesen Kampf mitgekämpft, in einer Versammlung deutscher Turner im Ausland, „als eine heilige Pflicht eines Jeden, der von nah oder fern dieser Dinge Zeuge gewesen, betrachte ich es, die Erinnerung an die Greuel wach zu erhalten, welche damals von den obersten Staatsgewalten an den Edelsten und Besten der Nation mit roher Grausamkeit und teuflischer Bosheit verübt worden sind. Schmach, ewige Schmach über Die, so sich Beschützer von Kunst und Wissenschaft nannten, und denen es eine Wollust war, edel und fein gebildete Menschen, die für diese Ueberzeugung eingestanden, Schriftsteller, Dichter, Künstler, zu allen unausprechlichen Erniedrigungen herabzudrücken, welche ein humaneres Zeitalter dereinst nicht einmal mehr über den gemeinsten Verbrecher verhängen wird! Schmach über sie, und niemals Par-don für sie!“

Wir wollen am 20. Jahrestag dieser Greuel der Auf-forderung — Ludwig Bamberger's nachkommen, denn er war es, der diese Worte sprach. Den Treuen zum Gedächtniß, den Verräthern zur Schmach!

Vor Monaten schon erhielten wir von einem Freunde in Baden, der jene Dinge als Augenzeuge mit erlebt, Mittheilungen „Aus der Zeit der schweren Noth“, nebst einer Liste der Opfer, deren Veröffentlichung wir auf diesen 20. Jahrestag aufgeschpart und deren Angabe wir nach einem inzwischen bei Eichelsdörfer in Mannheim erschienenen Flugblatt vervollständigt haben. Dasselbe enthält, — da uns die Gesamtzahl der Verurtheilten auf 98 angegeben ist — die Namen sämmtlicher zum Tod und zu längerer Zuchthausstrafe Verurtheilten bis auf zwei, nebst dem Datum der Urtheile, die sich vom 31. Juli bis Ende Oktober Schlag auf Schlag folgten. Die Standgerichte hatten ihren Sitz in Mannheim, Rastatt und Freiburg, wo ja auch die Todesurtheile durch Pulver und Blei vollzogen wurden. Die Zuchthausstrafen wurden zum großen Theil im Bruchsaler Zellengefängniß mit der gesetzlichen Reduktion verbüßt. Genau, wie seine Angaben sind, hat das Flugblatt bei dem Einen recht, den es abweichend von unserer Liste anstatt zum Tod, zu 10 Jahr Zuchthaus verurtheilt. Im Uebrigen können wir für die Zuverlässigkeit unserer Gewährsmänner unbedingt einstehen. Das Flugblatt, das wir der Uebersichtlichkeit wegen alphabetisch ordnen, hat die Ueberschrift:

Verzeichniß

der bei den Standgerichten in Baden im Jahre 1849

gefallen und vollzogenen Strafurtheile.

1) Erschossen:

J. Bauer, Soldat, von Giessigheim. Bernigau, Offizier, von Kbln. Ernst v. Biedenfeld, Major, von Bühl. Georg Bönning, Offizier, von Wiesbaden (71 Jahre alt). Andr. Counis, Dragoner, von Pforzheim. Heint. Klempner, von Schneberg (Sachsen). J. v. M. Dortu, Auskultator, von Potsdam. Ernst Eisenhans, Redakteur, von Feuerbach (Württemberg). Gerhard, Soldat, von Hinthelm. Jos. Günt-hard, Soldat, von Konstanz. Konrad Heilig, Wachmeister, von Fullendorf. Karl Höfer, Lehrer, von Brehmen. Karl Jacobi, Schreiner, von Mannheim. Pet. Jäger, Soldat, von Aglasterhausen. Jansen von Köln. Kilmarz, Soldat, von Rastatt. Kohlenbecker, Soldat, von Karlsruhe. Gerhard Kröner, Soldat, von Bombach. Pet. Lacher, Soldat, von Bruchsal. Konrad Lenzinger, Korporal, von Durlach. Theophile Mniowski von Russisch Polen. Friedr. Neff von Rümmlingen. L. P. Schade, Soldat, von Karlsruhe. Schrader, preussischer Soldat. Valentin Streuber, Wagmeister, von Mannheim. Gust. Ric. Tiedemann, Offizier, von Landshut. A. v. Trüschler von Dresden. L. Zenthofer, Büchsenmacher, von Mannheim.

2) Zum Tod verurtheilt und zu 10 Jahr Zuchthaus begnadigt:

v. Corvin-Wierbickly von Gumbinnen. Th. Mögling, Defonomierath, von Brackenheim (Württemberg).

3) Statt zum Tod zu lebenswieriger Festungshaft verurtheilt und vom König von Preußen zu lebenslänglichem Zuchthaus „begnadigt“:

Gottfr. Kinkel, Professor, von Bonn.

4) Zu 10 Jahren Zuchthaus verurtheilt:

Karl Ahrens, Naturforscher, von Augsburg. Fr. Auhl, Metzger, von Düsseldorf (6 Jahre). Bernh. Baader, Hutmacher, von Freiburg. Franz Backof, Wachtmeister von Wüschbach. Fr. Beerwald, Seidenweber, von Wien. Val. Blind, Lieutenant von Mannheim. Friedr. Blumenschein, Soldat, von Heidelberg. J. Ritter v. Braun, kath. Pfarrer, von Swasingen. Fr. Ant. Büchle, Corporal, von Unteröwisheim. Fr. Frank, Tagelöhner, von Friedrichsdorf. Fr. Grimmer, kathol. Pfarrer, von Tauberbischofsheim. Chr. Halter von Aargau. Joh. Heil von Simmern (Preußen). Heinzius, Major, von Frankfurt an der Oder. Fr. Hehl, Kanonier. C. Herr, Schuster, von Bamberg. Hetterich, Wirth, von Bruchsal. Hirschfeld, Freischärler. J. P. Jahule, Buchdruckerlehrling, von Hall (Württemberg). Illig, Kanonier. Jgu. Jörgler, Lehrer, von Altbreisach. Komlossi, Metzger, von Kasatt. Franz Kaucher, Arzt, von Heidelberg. Kerber, Soldat, von Constanz. Andr. Ph. Kohler, von Weil (Württemberg). Kopf, Soldat, von Dundenheim. Kasimir Krenkel, Dragoner, von Reichen. Kuhnert, Soldat, von Tryberg. Joh. Kunisky, Schneider, von Möwe (Preußen), (5 Jahre). Kunz, Strumpfwirker, von Kasatt. Kupferberg, stud. med., von Mainz. Franz Maler, Lieutenant, von Baden. Joh. Mayer, Schneider, von Nürnberg. Joseph Metzger, Soldat, von Freiburg. G. Mohrauer, Goldarbeiter, von Hanau. Jakob Müller, Schuster, von Stromberg. G. Neckermann, Fournier, von Unterschöpfung. Heint. Niebergall, Kaufmann, von Neckargerach. Nowitsch von Ungarn. Martin Ruppenmacher, Seifensieder, von Staufen. Ploch von Dielhelm. L. v. Rango, Oberstlieutenant, von Berlin (damals Rauch von Grafenhausen). Karl Reck, Eisengießer, von Engers (Preußen). Aug. Reinberger, Schuster, von Badenweiler. Phil. Reiter, Cameralist, von Wertheim. J. B. Risch, Soldat, von Hochstetten. F. Rohr von Stuttgart. L. Rumbach, Kommissionär, von Mannheim. Saul, Apotheker, von Thiengen. Johann Schanz von Hoffenheim. Schilling, Soldat, von Leipferdingen. Schlageter, Dragoner. Jaf. Schmierer, Hausknecht, von Erdmannshausen (Württemberg). Schneider, Soldat. Christ. Scholterer, Kanonier, von Lahr. Schützenbach, Kanonier, von Mannheim (erschossen?). A. Steck von Neuenburg (geb. in Posen). Strobel, Soldat. Joh. Thalheimer, von Leim (Baiern). Max Wenger, stud., von Handheim. Heint. Wilhelm, von Erfurt (6 Jahre). Karl Zöllner, Soldat.

Aus den Notizen unseres badischen Korrespondenten theilen wir folgende interessante Einzelheiten über einige der weniger bekannten Persönlichkeiten und über den Geist mit, der die von ganz Deutschland verurtheilten Blutgerichte besetzte.

„Karl Höfer, 21 Jahre alt, zuletzt Schullehrer in Heiligkreuzsteinach, gegen den ein falscher Zeuge, der später kläglich endete, aussagte, war an einem Donnerstag verurtheilt und die Hinrichtung auf den kommenden Sonnabend anberaumt worden, weil bekanntlich am Tage des Herrn keine Hinrichtung stattfinden durfte. — Da Höfer nicht eine 48stündige Todesqual erdulden wollte, so erbat er sich die Gnade, ihn am nämlichen Abend noch zu erschießen und wurde auch seinem Verlangen entsprochen. Einige Soldaten hielten Laternen, damit die Feuernden die Richtung ihrer Gewehre nicht verfehlten. Es war 8½ Uhr Abends, als Höfer die Rathhaustreppe herabkam, seine junge hochschwangere Frau stürzte ihm mit einem Schrei, der den Umstehenden durch Mark und Bein drang, entgegen — mein Karl! mein Karl! — badische Gensdarmen stießen die Frau mit Gewehrkolben zurück, daß sie besinnungslos aufs Pflaster stürzte. (Ich war Augenzeuge dieser Scene mit einem Freunde aus Mannheim, Kaufmann Sid.) Gebhardt Kromer aus Bombach im badischen Oberland, nur gemeiner Soldat, ein Mensch von außerordent-

lichen Fähigkeiten und großer Bravour. Seine schönen Schwestern bekränzten nach der im badischen Oberlande herrschenden Sitte seine Grabstätte mit Blumen und Kränzen. Die siegreichen Offiziere ließen die Mädchen fangen, sie entblößen und ihnen Schläge aufzählen, wobei sie zusahen.

Andr. Counis aus Pforzheim war einer der heldenmüthigsten Männer der badischen Revolution, die Bravour, die er an den Tag legte, machte ihm einen Namen, der verdient verewigt zu werden.

Bemerkenswerth ist, daß, als der erste, der vor'm Mannheimer Standgericht erschien, der schweizerische Artillerie-Unterslieutenant Steck, der Grabirteste von Allen, beschuldigt, Ludwigshafen in Brand geschossen zu haben, 10 Jahre Zuchthausstrafe erhielt und die beiden Andern, die ihm folgten, die nämliche Strafe traf, von Offenburg, aus dem Hauptquartier, wo sich der Oberbefehlshaber, der jetzige König von Preußen befand, der Befehl kam augenblicklich das Standgericht aufzulösen und ein anderes zu ernennen. Das neu geschaffene Standgericht fällte denn auch hintereinander 5 Todesurtheile über Diez, Lacher, v. Trübschler, Höfer und Streuber; die 3 Letzteren fielen offenbar als Opfer einer tyrannischen Willkür, Trübschler, weil er sich am sächsischen Aufstand betheiligigt haben sollte, andere Anschuldigungen waren nicht erwiesen. Schul-lehrer Höfer, weil dem Lehrerstand ein Exempel statuirt werden sollte, und Streuber, einer der edelsten und geachtetsten Bürger Mannheims.“

Bekannt ist, daß die Meisten der zum Tode Verurtheilten wie Helden starben. Die Gräber der treuen Söhne Deutschlands sind jetzt geebnet und ihre Spuren verwischt. Die Grabchrift, die ihnen das deutsche Volk schrieb, konnten sie nicht vertilgen:

„Exoriare aliquis ex nostris ossibus ultor!“

(Aus unsern Gebeinen wird ein Rächer erstehen!)

Karl Marx. *)

Man hat sich in Deutschland daran gewöhnt, in Ferdinand Lassalle den Urheber der deutschen Arbeiterpartei zu sehen. Und doch ist nichts unrichtiger. Wenn ihm vor sechs, sieben Jahren in allen Fabriksdistrikten, in allen großen Städten, den Centren der arbeitenden Bevölkerung, das Proletariat in Massen zuströmte, wenn seine Reisen Triumphzüge waren, um die ihn die Landesfürsten beneiden konnten — war da der Boden nicht vorher etwa schon im Stillen gedüngt worden, der so rasch aufstehende Früchte trug? Wenn die Arbeiter seinen Lehren Beifall zujauhten, geschah dies, weil diese Lehren ihnen neu, oder weil sie den Denkenden unter ihnen schon längst mehr oder weniger bekannt waren?

Die heutige Generation lebt rasch und vergift rasch. Die Bewegung der vierziger Jahre, die in der Revolution von 1848 gipfelte und in der Reaktion von 1849—52 ihren Abschluß fand, ist bereits verschollen, mit sammt ihrer politischen und sozialistischen Literatur. Es muß daher daran erinnert werden, daß vor und während der Revolution von 1848 unter den Arbeitern, namentlich Westdeutschlands, eine wohlorganisirte sozialistische Partei bestand, welche zwar nach dem Kölner Kommunistenprozeß auseinanderfiel, deren einzelne Mitglieder aber im Stillen fortfuhren, den Boden vorzubereiten, dessen Lassalle sich nachher bemächtigte. Es muß ferner daran erinnert werden, daß ein Mann existirte, der, neben der Organisation dieser Partei, das wissenschaftliche Studium der sog. sozialen Frage, d. h. die Kritik der politischen Oekonomie, zu seiner Lebensaufgabe gemacht und bereits vor 1860 bedeutende Resultate seiner Forschungen veröffentlicht hatte. Lassalle war ein höchst talentvoller, vielseitig gebildeter Kopf, ein Mann von großer Energie und fast unbegrenzter Verfabilität; er war ganz dazu gemacht, unter allen Umständen eine politische Rolle

*) Dieser, zuerst in der „Zukunft“ veröffentlichte Artikel stammt von kompetenterer Seite. Wir haben nur einige Stellen weggelassen, die hier und da hätten verlesen können. D. H. D. M.

zu spielen. Aber er war nicht der ursprüngliche Initiator der deutschen Arbeiterbewegung. Er hatte einen bahnbrechenden Vorgänger, und dieser heißt Karl Marx.

Karl Marx ist geboren am 5. Mai 1818 zu Trier, wo er seine Gymnasialbildung erhielt. Er studierte Rechtswissenschaft in Bonn und später in Berlin, wo ihn indes die Beschäftigung mit der Philosophie dem Zus bald abwendig machte. Nach fünfjährigem Aufenthalt in der „Metropole der Intelligenz“ kehrte er 1841 nach Bonn zurück mit der Absicht, sich dort zu habilitieren. Damals herrschte in Preußen die erste „neue Aera“. Friedrich Wilhelm IV. hatte erklärt, er liebe eine „gesinnungstüchtige Opposition“, und an verschiedenen Stellen wurde der Versuch gemacht, eine solche zu organisieren. So wurde in Köln die „Rheinische Zeitung“ gestiftet; Marx tritt in ihr mit damals unerhörter Kühnheit die Verhandlungen des rheinischen Provinziallandtages in Artikeln, die viel Aufsehen machten. Ende 1842 übernahm er selbst die Redaktion und machte der Censur so viel zu schaffen, daß man ihm die Ehre anthat, für die „Rheinische Zeitung“ einen Spezial-Censur von Berlin zu schicken. Als auch dies nicht half, mußte die Zeitung doppelte Censur durchmachen, indem jede Nummer außer der gewöhnlichen, noch in zweiter Instanz der Censur des Kölner Regierungspräsidenten unterworfen wurde. Aber auch dies Mittel half nichts gegen die „verhärtete Böswilligkeit“ der „Rhein. Ztg.“; und Anfang 1843 erließ das Ministerium ein Dekret, wonach die „Rhein. Ztg.“ Ende des ersten Quartals aufgehört mußte. Marx trat sofort ab, da die Aktionäre einen Vermittelungsveruch machen wollten, aber auch dieser schlug fehl und die Zeitung hörte auf zu erscheinen.

Die Kritik der Verhandlungen des rheinischen Landtags nöthigte Marx, Fragen des materiellen Interesses zu studieren. Hier traten ihm neue Gesichtspunkte entgegen, Gesichtspunkte, die weder die Jurisferei noch die Philosophie vorgeesehen hatten. Anknüpfend an Hegel's Rechtsphilosophie, kam Marx zu der Einsicht, daß nicht der von Hegel als „Kronung des Gebäudes“ dargestellte Staat, sondern vielmehr die von ihm so stiefmütterlich behandelte „bürgerliche Gesellschaft“ diejenige Sphäre sei, in der der Schlüssel zum Verständnis des geschichtlichen Entwicklungsprozesses der Menschheit zu suchen sei. Die Wissenschaft der bürgerlichen Gesellschaft aber ist die politische Oekonomie und diese Wissenschaft konnte nicht in Deutschland, sie konnte nur in England oder Frankreich gründlich studirt werden.

Nach seiner Verheirathung mit der Tochter des Geheimen Regierungsraths v. Westphalen in Trier (Schwester des späteren preussischen Ministers des Innern v. Westphalen) siedelte Marx daher im Sommer 1843 nach Paris über, wo er sich hauptsächlich dem Studium der Nationalökonomie und der Geschichte der großen französischen Revolution widmete. Zugleich gab er mit A. Ruge die „Deutsch-französischen Jahrbücher“ heraus, von denen indes nur ein Band erschien. 1845 von Guizot aus Frankreich ausgewiesen, ging er nach Brüssel und blieb dort, mit gleichen Studien beschäftigt, bis zum Ausbruch der Februar-Revolution. Wie wenig er mit dem landläufigen Sozialismus, selbst in seiner gelehrthüendsten Form einverstanden war, bewies seine Kritik des großen Proudhon'schen Werkes: „Philosophie de la misère“, welche 1847 unter dem Titel: „Misère de la philosophie“, Brüssel und Paris, erschien. In dieser Schrift finden sich bereits viele wesentliche Punkte seiner jetzt ausführlich dargelegten Theorie. Auch das „Manifest der kommunistischen Partei“, London 1848, vor der Februar-Revolution geschrieben und von einem Arbeiterkongress in London adoptirt, ist wesentlich sein Werk.

Von der belgischen Regierung unter dem Einfluß der Panit der Februar-Revolution wieder ausgewiesen, kam Marx auf Aufforderung der französischen provisorischen Regierung nach Paris zurück. Die Sturmfluth der Revolution drängte alle wissenschaftlichen Beschäftigungen in den Hintergrund; es hieß jetzt eingreifen in die Bewegung. Nachdem Marx während der ersten aufgeregten Tage dem Unfinn der Agitatoren entgegen-

gearbeitet hatte, welche deutsche Arbeiter von Frankreich aus als Freischaaeren zur Republikanisirung Deutschlands organisiren wollten, ging er mit seinen Freunden nach Köln und gründete dort die „Neue Rheinische Zeitung“, die bis zum Juni 1849 bestand und am Rhein noch in gutem Gedächtniß ist. Die Pressfreiheit von 1848 ist wohl nirgends so erfolgreich ausgebeutet worden als damals, mitten in einer preussischen Zeitung, von jener Zeitung. Nachdem die Regierung vergeblich versucht hatte, die Zeitung durch gerichtliche Verfolgung todzumachen — Marx stand zweimal vor den Assisen, wegen Preßvergehen und wegen Aufforderung zur Steuerverweigerung und wurde beidemal freigesprochen — wurde sie zur Zeit der Mai-Aufstände 1849 dadurch zum Fall gebracht, daß Marx unter dem Vorwande, seine preussische Unterthanenpflicht verloren zu haben, und die übrigen Redakteure unter ähnlichen Vorwänden ausgewiesen wurden. Marx mußte daher wieder nach Paris, von wo er abermals ausgewiesen wurde und noch im Sommer 1849 nach seinem jetzigen Wohnsit, London, ging.

Zu London fand sich damals die ganze fine fleur der kontinentalen Flüchtlingsschaft aller Nationen zusammen. Es wurden die Revolutionscomités aller Art gebildet, Kombinationen, provisorische Regierungen in partibus infidelium*, es gab Streitigkeiten und Zänkereien aller Art, und die dabei betheiligten Herren blicken jetzt sicher auf diese Periode als auf die mißlungenste ihres Lebens zurück. Marx hielt sich von allen diesen Untrieben fern. Eine Zeit lang setzte er seine „Neue Rheinische Zeitung“ in der Form einer Monatsrevue fort (Hamburg 1850); nachher zog er sich ins British Museum zurück und durchforschte die dortige ungeheure, großentheils noch ungekannnte Bibliothek nach ihrer national-ökonomischen Seite hin. Gleichzeitig schrieb er regelmäßig in die „New-York Tribune“, er war so zu sagen der Redakteur dieses ersten englisch-amerikanischen Blattes, für europäische Politik, bis zum Ausbruche des amerikanischen Bürgerkrieges.

Der Staatsstreich des 2. Dezember veranlaßte ihn zu einer Broschüre: „Der 18. Brümair des Louis Bonaparte“, New-York 1852, welche jetzt eben in neuem Abdruck (Hamburg, bei Meißner) erscheint, und zum Verständnis der haltlosen Lage, in die derselbe Bonaparte gerade jetzt gerathen ist, nicht wenig beitragen wird. Der Held des Staatsstreiches wird hier eben in seiner nackten Wirklichkeit dargestellt, wie er erscheint ohne die Glorie, mit der der momentane Erfolg ihn umgeben hat. Der Philister, der seinen Napoleon III. für den größten Mann des Jahrhunderts hält und sich nun nicht erklären kann, wie dieses Wundergenie jetzt plötzlich Böde über Böde schießt und einen politischen Fehler über den anderen begeht, — besagter Philister kann sich aus der erwähnten Marx'schen Arbeit Rath's erholen.

So wenig Marx sich während seines ganzen Londoner Aufenthalts vordrängte, so zwang ihn doch Carl Vogt, nach der italienischen Campagne 1859, zu einer Polemik, die in Marx's: „Herr Vogt, London 1860“ ihren Abschluß fand. Um dieselbe Zeit erschien die erste Frucht seiner national-ökonomischen Studien: „Zur Kritik der politischen Oekonomie, Berlin 1859. Erstes Heft.“ Dies Heft enthält bloß die Geldtheorie, welche von ganz neuen Gesichtspunkten dargestellt ist; die Fortsetzung ließ auf sich warten, da der Verfasser inzwischen so viel neues Material entdeckte, daß er neue Studien für nöthig hielt.

1867 endlich erschien in Hamburg: „Das Kapital. Kritik der politischen Oekonomie. Erster Band.“ Dies Werk enthält die Resultate des Studiums eines ganzen Lebens. Es ist die politische Oekonomie der arbeitenden Klasse, auf ihren wissenschaftlichen Ausdruck reduzirt. Hier handelt es sich nicht um agitatorische Phrasen, sondern um streng wissenschaftliche Deduktionen. Mag man sich zum Sozialismus verhalten wie man will, man wird immerhin anerkennen müssen, daß hier derselbe zuerst wissenschaftlich dargestellt ist und daß es eben

* Lateinisch: für Länder, die man noch nicht besitzt.

Deutschland vorbehalten war, diese Leistung auch auf diesem Gebiet zu verwirklichen. Wer jetzt noch den Sozialismus bekämpfen will, wird mit Marx fertig werden müssen; gelingt ihm dieß, dann braucht er freilich die *diu minorum gentium* nicht zu erwähen.

Das Marx'sche Buch hat aber auch noch nach anderer Seite hin ein Interesse. Es ist die erste Schrift, in der die tatsächlichen Verhältnisse, die zwischen Kapital und Arbeit bestehen, in ihrer klassischen Form, wie sie solche in England erlangt haben, vollständig und übersichtlich geschildert werden. Die parlamentarischen Untersuchungen lieferten hierzu ein reichliches, einen Zeitraum von fast vierzig Jahren umfassendes und selbst in England so gut wie unbekanntes Material über die Verhältnisse der Arbeiter in fast allen Industriezweigen, über Arbeit von Weibern und Kindern, über Nachtarbeit u. s. w.; dies Alles ist hier zum ersten Mal zugänglich gemacht. Daran reiht sich die Geschichte der Fabrikgesetzgebung in England, welche, von den bescheidenen Anfängen der ersten Akte von 1803 an, jetzt dahin gekommen ist, die Arbeitszeit in fast allen, fabrikmäßig oder häuslich betriebenen Geschäftszweigen für Weiber und junge Leute unter 18 Jahren auf 60 Stunden wöchentlich, für Kinder unter 13 Jahren auf 39 Stunden wöchentlich zu beschränken. Nach dieser Seite hin ist das Buch von höchstem Interesse für jeden Industriellen.

Marx ist lange Jahre unbedingt der „Bestverleumdete“ deutsche Schriftsteller gewesen, wogegen ihm Niemand das Zeugniß verwehren wird, daß er dafür auch tapfer um sich gehauen hat, und daß seine Siege alle scharf saßen. Aber die Polemik, in der er doch so viel „gemacht“ hat, war im Grunde doch nur Sache der Nothwehr bei ihm. Sein eigentliches Interesse war schließlich doch immer bei seiner Wissenschaft, die er fünf- und zwanzig Jahre mit einer Gewissenhaftigkeit studirt und durchdacht hat, die ihresgleichen sucht: einer Gewissenhaftigkeit, die ihn verhindert hat, seine Schlußfolgerungen in systematischer Form vor das Publikum zu bringen, ehe sie ihm nach Form und Inhalt selbst genügt, ehe er darüber mit sich klar war, daß er kein Buch ungelesen, keinen Einwurf unerwogen gelassen, daß er jeden Punkt vollständig erschöpft habe. Originelle Denker sind in dieser Zeit der Epignonen sehr rar, wenn aber ein Mann nicht nur ein origineller Denker, sondern auch im Besitz einer, in seinem Fache unerreichten Gelehrsamkeit ist, so verdient er doppelte Anerkennung.

Außer seinen Studien beschäftigte sich Marx, wie nicht anders zu erwarten, mit der Arbeiterbewegung; er ist einer der Gründer der „Internationalen Arbeiter-Assoziation“, welche in letzter Zeit so viel von sich reden machte und bereits an mehr als einem Orte bewiesen hat, daß sie eine Macht ist. Wir glauben nicht zu irren, wenn wir sagen, daß auch in dieser, jedenfalls in der Arbeiterbewegung Epoche machenden Gesellschaft, das deutsche Element — Dank namentlich Marx — die ihm gebührende einflußreiche Stellung einnimmt.

Eine Mahnung.

Von einem Bergarbeiter.

Ich kann nicht unterlassen, meine Ansicht über das Unglück der Burgf'schen Berufsgenossen zu veröffentlichen. Als 1867 in Lugau über 100 Mann lebendig begraben waren, von deren „Tobengräbern“ man heute noch nicht weiß, ob sie zur gesetzlichen Strafe gezogen worden sind, da hörte man überall, vorzüglich unter den Bergleuten, welche das am besten verstehen müssen, daß Niemand schuld sei als die Werkbesitzer, resp. deren Beamten durch Nachlässigkeit im Schachtbau. Man hätte sollen glauben, nach diesem Unglück müßten sich die Bergleute

wie Ein Mann zusammenscharen, um vielleicht für die Zukunft ähnliche oder noch schlimmere Unglücksfälle zu verhüten; man hätte sollen glauben, es müßten alle Bergarbeiter, ohne daß Ein Mann sich ausschloß, in Zeit von vier Wochen organisiert dastehen.

Anstatt dessen mußte ich aber zu meiner sehr großen Bewunderung mit ansehen, wie spurlos dies alles wieder verslog. Nur noch in der Chronik ist es zu finden, nur noch einige Wittwen und Waisen der dahin Geschlachteten schreien Ach und Weh und blicken mit Verachtung auf die Schuldtragenden.

Aber unter den Tausenden und Abertausenden meiner Kameraden ist das wieder etwas Altes, und um wirkfame Sicherheitsmaßregeln zu ergreifen, dazu will sich Keiner bewegen lassen.

Wir haben zwar in Lugau im Monat Februar auf Anregung solcher Männer, welche die Kappe vom Kopf geschüttelt und das Brett von den Augen gerissen haben, eine Gewerksgenossenschaft für Lugau und Umgegend gegründet; es hatten sich auch beinahe 400 Mann eingeschrieben, was noch kein Verhältniß ist zu der Masse der Bergarbeiter, aber leider Gott! wie sieht es mit den geringen Beisteuern aus? Zum 1. August sollte die statutarische Unterstützung erfolgen, aber an Geld ist nicht zu denken; ich schäme mich zu sagen, daß nur der kleinste Theil seine Steuern entrichtet hat. Ich fasse aber nochmals frischen Muth und ermahne meine Kameraden, sich an der Gewerksgenossenschaft zu betheiligen; der Nutzen, den sie bringt, denke ich, wird gewiß Jedem klar sein, welcher das „Demokratische Wochenblatt“ liest, und wer es liest, den bitte ich, daß er es den Nichtlesern zu lesen giebt, oder sie selbst auffordert, ihre Paar Pfennige, welche manchmal zu ganz unnützen Zwecken verwendet werden, zusammenzuhalten, und für die Gewerksgenossenschaft und das Parteiorgan zu verwenden.

Wenn ich nun annehme, es hätten sich in Burgf sämtliche Bergarbeiter an der Gewerksgenossenschaft betheiligt, so würde gewiß Einer unter den Vielen gewesen sein, der auf den Gedanken gekommen wäre, daß die schlagenden Wetter sich angehäuft haben könnten, da, wie es heißt, der Hoffnungsschacht am 1. August während des Schachtbaues zugebühnt und dadurch die Wetterkommunikation der beiden Schächte abgesperrt war.

Wenn Selbiger nun seine Kameraden vor dem Einfahren aufmerksam gemacht und dem betreffenden Vorgesetzten seine Gedanken gemeldet hätte, so würde er freilich ein schiefes Gesicht, auch gar eine grobe Rede ausgehoben bekommen haben, — denn es heißt immer: der Arbeiter versteht es nicht, wenn er gleich alle Arbeiten praktisch können muß, — wenn er aber darauf bestanden hätte, daß erst sichere Vorsichtsmaßregeln getroffen werden müßten, bevor ein Mann einfähre, so hätten doch die Vorgesetzten sich davein fügen müssen, und es wäre gewiß das große Unglück verhütet worden. Und zu fürchten brauchte sich der Mann nicht, denn hinter ihm stand die Gewerksgenossenschaft, die ihn nicht im Stich gelassen hätte.

So aber besteht keine Organisation, und wenn es ein Arbeiter wagen wollte, den Vorgesetzten (die ohnehin den Arbeiter bloß für ein Stück Werkinventar halten, das, wenn es abgenutzt ist, weggeworfen wird) Vorschriften zu machen, so würde ihn gewiß der Daum so auf's Auge gesetzt, daß er Jahre lang davon zu leiden hätte, und seine Kameraden, die sich seiner in solchen Fällen annehmen sollten, lachen ihn obendrein noch brav aus!

A n z e i g e.

Deutscher Arbeiterbildungs-Verein
in London.

Charles-Hotel, 71 Dean-Street, Soho Square. W. London.

*) Lateinisch: die Götter der kleinen Stämme, der unbedeutenden Leute.